

BESCHLUSSBUCH

JETZT ERST LINKS!

13. ORDENTLICHE LANDESKONFERENZ
DES JUSO-LANDESVERBANDES NRW

25. UND 26. OKTOBER 2014

INHALT

Übersicht der Beschlüsse.....	4
Arbeitsprogramm.....	7
Bildung, Ausbildung und Beschäftigung.....	19
Europa und Internationales	29
Inneres und Justiz.....	33
Nachhaltige Wirtschaft und Daseinsvorsorge	43
Organisationspolitik	55
Toleranz und Antidiskriminierung.....	59
Initiativanträge	63

Juso-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Telefon 0211.13 622-325
Fax 0211.13 622-303
E-Mail info@nrwjusos.de
www.nrwjusos.de

Verantwortlich: Sandra Kaiser
Gestaltung: Felicitas Horstschäfer

ÜBERSICHT DER BESCHLÜSSE

Arbeitsprogramm	7
A 1 Jetzt erst Links!	9
Bildung, Ausbildung und Beschäftigung	19
B 1 Ausbildungsperspektiven für Jugendliche sichern!	21
B 2 Für ein schlagfertiges Arbeitsrecht - Keine Kürzungen in der Arbeitsschutzverwaltung	22
B 3 Mehr Schulsozialarbeit in NRW	23
B 4 Schluss mit der Lobduselei Für Fortschritt im Ausbildungssystem	24
B 6 Dyskalkulie ernst nehmen – individuelle Förderung umsetzen!	25
B 8 Deutschlandstipendien oder die Kaderschmiede der Unternehmen!	26
B 9 Wissen, wo es her kommt	27
Europa und Internationales	29
E 1 Für eine wirklich solidarische, europäische Asylpolitik	31
E 2 Dann sind wir eben vaterlandslose Gesellen - Kein Nationalismus in unserem Wahlkampf!	32
Inneres und Justiz	33
I 1 Umstrukturierung der Nachrichtendienste ermöglichen!	35

I 2	Hohe Standards in der Ausbildung und eine Kennzeichnungspflicht für Kommunale Ordnungsdienste.....	38
I 4	Umstrukturierung des Strafvollzugs	39
I 5	Gebt das Hanf frei!	40
I 6	Landesweiten Partypass einführen.....	41
Nachhaltige Wirtschaft und Daseinsvorsorge		43
N 1	Das Morgen schon Heute bewahren!.....	45
N 3	Denkanstöße für eine moderne Mobilität in Nordrhein-Westfalen	49
N 6	Ein Ende des Plastikwahns.....	51
N 8	Wieviel darf Gesundheit kosten?	52
N 9	Kein Kind zurücklassen! Reform der Waisen- und Halbwaisenrente	53
Organisationspolitik		55
O 1	Quotierte Doppelspitze ermöglichen.....	57
Toleranz und Antidiskriminierung		59
T 1	Praxis des Racial Profiling abstellen!	61
T 4	Willkommenskultur statt Abschiebewahn	62
Initiativanträge.....		63
INI 1	Für fairen Welthandel. Jetzt gilt es wortzuhalten!	64
INI 2	Solidarität mit Rojava und Sengal – IS Terror stoppen.....	65
INI 3	Echte Hilfe für bedrohte Menschen - Bekenntnis zur Schutzverantwortung.....	66

ARBEITSPROGRAMM

A 1	Jetzt erst Links!	11
-----	-------------------------	----

JETZT ERST LINKS!

1

1. DIE AUSGANGSLAGE UND BEVORSTEHENDE HERAUSFORDERUNGEN

2

Wir NRW Jusos haben gegenüber den jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen und somit auch gegenüber der SPD eine große Verantwortung. Wir verstehen uns als Verband, der sich parteiintern und gesellschaftlich dafür einsetzt, dass linke, gerechte, vorsorgende und zukunftsfähige Politik für alle Menschen in unserem Bundesland und darüber hinaus erstritten wird. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, haben wir uns in den letzten Jahren immer besser aufgestellt und wollen uns zukünftig weiter aktiv und noch intensiver einbringen. Wir haben uns durch die Zusammenarbeit mit Bündnispartner*innen in der Gesellschaft viele belastbare Kooperationen erarbeitet, mit der wir politische Ziele umsetzen können. Und wir haben uns den Respekt der Partei erarbeitet, werden gehört und als Expert*innen in vielen Bereichen geschätzt. Diese Position müssen wir weiter ausbauen und bei der Partei darauf pochen, dass wir bei etwaigen Kontroversen auch weiterhin ernst genommen werden.

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

Denn Diskussionen innerhalb der NRWSPD kann es in den nächsten Jahren aus unserer Sicht häufiger geben. Nach dem stetigen Vertrauensverlust der NRWSPD bis 2005, konnte seit 2010, zunächst in einer Minderheitsregierung, und 2012, wieder mit einer stabilen Mehrheit, Vertrauen bei den Menschen in NRW zurückgewonnen werden. Damit ist die NRWSPD aber noch nicht wieder dort, wo sie zu ihren erfolgreichsten Zeiten in NRW war. Die nächsten Wahlen stehen 2017 an, die Hälfte der Legislaturperiode ist also bereits vorbei. Es gibt daher keinen Grund sich nun auszuruhen. Denn jetzt müssen die Weichen gestellt werden, wie die Landespartei sich in Zukunft aufstellt und wofür sie jetzt und 2017 stehen will. Derzeit besteht aus unserer Sicht allerdings die große Gefahr, dass die SPD sich dieser Herausforderung nicht angemessen stellt. Dafür gibt es alarmierende Hinweise. Die derzeitige Diskussion um den Haushalt und entsprechende Sparzwänge machen uns große Sorgen. Wir befürchten, dass die vorsorgende Politik, die wir Jusos gefordert und gemeinsam mit der SPD umgesetzt haben, aufgrund der Spardebatten zur Diskussion stehen könnte. Vor dieser Debatte warnen wir deutlich und kündigen an, dass wir dies nicht zulassen werden! Wir brauchen weiterhin Investitionen in Bildung. Kürzungen müssen ausgeschlossen werden. Ähnlich verhält es sich mit den Investitionen in Kommunen, Infrastruktur und Soziales. Wir stehen weiterhin zur vorsorgenden Politik, die uns zukünftig viel Geld in der Nachsorge sparen wird. Wir leben in einem Land, in dem es möglich ist, genug Geld für unsere Politik zur Verfügung zu stellen. Sollte dieses Geld dennoch nicht vorhanden sein, müssen wir über steuerliche Umverteilung oder über die Abschaffung der Schuldenbremse diskutieren und nicht über Kürzungen in der Bildungspolitik oder anderen sensiblen Bereichen.

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

Seitdem wir in NRW an der Regierung beteiligt sind, verschieben sich zudem Entscheidungen zunehmend weg von der Partei und ihren Gremien, hin zur Landesregierung. Zudem mussten wir in der Vergangenheit in wichtigen Themen hinnehmen, dass Entscheidungen getroffen wurden, ohne die Partei zu beteiligen. Und wir vermissen die dringend notwendige inhaltliche Erneuerung für die bevorstehenden Herausforderungen und letztlich auch die Wahlen 2017. All dies scheint uns eine problematische Folge der Ausrichtung auf Regierung und Regierungspolitik zu sein, die dringend angesprochen und verändert werden muss. Denn nachdem wir 2005 die Landtagswahlen in NRW verloren hatten, haben wir eben diese Verschiebung von Entscheidungen und die fehlende Beteiligung der Partei als zwei der Hauptgründe für die Niederlage ausgemacht. Soweit ist es noch nicht gekommen und wir Jusos sehen uns in der Verantwortung darauf hinzuweisen, damit es dazu auch nicht kommt: Die SPD darf sich erst gar nicht in die Nähe des Schlafwagenabteils begeben, sondern muss in den kommenden Jahren mit progressiven Ideen den Triebwagen anfeuern und die Lokomotive auch in Zukunft auf das richtige Gleis lenken. Die Regierung muss sich an die Beschlüsse der Partei halten!

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

Auch die Bundespolitik benötigt unsere Einmischung. Wir Jusos haben uns mehrheitlich gegen eine große Koalition auf Bundesebene ausgesprochen, die Mehrheit der Partei war jedoch dafür. Als

48

49

1 Demokrat*innen akzeptieren wir diese Mehrheitsentscheidung. Wir wissen allerdings noch sehr
2 genau, warum wir der derzeitigen Koalition skeptisch gegenüber standen und immer noch stehen.
3 Hauptsächlich geht es uns dabei um Inhalte. Daher ist es wichtig, die Bundesregierung nun dazu zu
4 drängen, dass die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag gut umgesetzt werden, die wir unterstützen
5 und gefordert haben. Darüber hinaus werden wir aber auch weitere Forderungen aufstellen, die poli-
6 tisch umgesetzt werden müssen. Außerdem werden wir weiterhin nicht davor zurückschrecken den
7 Koalitionspartner auf Bundesebene für falsche und rückständige Politik zu kritisieren. Wir haben
8 die große Koalition im letzten Jahr aber auch aus taktischen Gründen abgelehnt. Wir möchten eine
9 progressive Koalition erreichen und werden auch weiterhin die Diskussion darüber intensivieren
10 und nach Schnittmengen suchen, wie diese Konstellation 2017 zustande kommen kann. Gleich-
11 zeitig scheinen sich unsere Sorgen bezüglich der Sichtbarkeit der SPD in der großen Koalition
12 derzeit zu bestätigen. Die SPD rackert sich in vielen Bereichen ab und versucht den Koalitions-
13 vertrag – mal mehr, mal weniger erfolgreich, aber oftmals mit positiven, spürbaren Folgen für viele
14 Menschen in der BRD – umzusetzen. Doch damit dringt sie nicht zu den Menschen durch, die
15 Umfragen stagnieren, der Koalitionspartner wirkt übermächtig und grinst sich ins Fäustchen. Vor
16 diesem Zustand haben wir gewarnt, er muss sich dringend ändern, damit die SPD bei den Bundes-
17 tagswahlen 2017 überhaupt so abschneidet, dass eine Koalition ohne Konservative möglich wird. All
18 diese Ziele müssen erreicht werden und dafür werden wir uns einsetzen.
19 Das bedeutet für uns NRW Jusos insgesamt, dass uns in den nächsten zwei Jahren zwar voraus-
20 sichtlich keine Landtagswahl und keine Bundestagswahl bevorsteht, wir aber dennoch eine große
21 Verantwortung tragen, die Gesellschaft und die Partei progressiv zu verändern. Wir werden die
22 Partei aufrütteln! Jetzt ist die Zeit, unsere Inhalte weiter zu entwickeln und die Partei und Gesell-
23 schaft für die Zukunft aufzustellen, damit linke Politik 2017 in Land und Bund an der Regierung ist
24 und umgesetzt werden kann. Wir NRW Jusos wollen der Wecker im Schlafwagen der Partei sein,
25 wir wollen jetzt die Weichen auf progressive Zukunft stellen!

26 **2. JETZT ERST LINKS - DIE KAMPAGNE**

27 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die NRW Jusos ein kampagnenfähiger Verband sind! Sowohl
28 gute Konzeption und Planung, als auch die Durchführung mit dem gesamten Verband waren immer
29 ein großes Pfund unserer Politik. Bis 2017 erwarten wir keinen NRW-weiten Wahlkampf mehr,
30 sodass die Formulierung und Durchsetzung unserer Themen in der Partei und der Öffentlichkeit
31 nicht mehr automatisch durch eine Wahlkampagne erfolgt. Unsere Kampagnenfähigkeit wollen wir
32 daher in den nächsten zwei Jahren neu ausrichten. Grundlegend für unsere Kampagne wird sein,
33 unsere progressiven politischen Lösungen klar zu formulieren, für sie zu werben und sie schließlich
34 durchzusetzen.

35 Wir NRW Jusos verstehen uns als den fortschrittlichsten Teil der Sozialdemokratie. Zum einen
36 wird dies bei den Themen, die wir setzen, zum anderen aber auch bei unseren Aktionsformen deut-
37 lich. Wir wollen die kommenden zwei Jahre nutzen, um gesellschaftlich relevante Themen in die
38 Öffentlichkeit zu tragen und werden unsere Stärke der Kampagnenfähigkeit nutzen, um zusam-
39 men mit Bündnispartner*innen für ein linkes und progressives Verständnis der Zukunftsthemen zu
40 sorgen. Dies wird wie gewohnt in kreativer Art und Weise erfolgen.

41 Ziel unserer Kampagne ist es, das an uns und unserer Interpretation von Zukunftsthemen in NRW
42 kein Weg vorbeiführt. Wir wollen damit auch die Chance ergreifen, unsere Themen im nächsten
43 Wahlprogramm der NRWSPD zu platzieren.

44 Die Initiation bzw. die Themenfindung der Kampagnenbausteine findet zum einen im Diskussi-
45 onsprozess der Schwerpunktthemen statt. Dabei wollen wir uns aber auch den Spielraum lassen,
46 auf aktuelle Ereignisse zu reagieren. Zum anderen werden wir diese Diskussionen in die Unter-
47 bezirke und Kreisverbände tragen. Aber auch bei der Themenfindung wollen wir uns nicht nur
48 von uns berieseln lassen, sondern auch an dieser Stelle den guten und engen Draht zu unseren
49 Bündnispartner*innen nutzen, um Themenfelder zu erschließen und auf eine breitere Grundlage zu
50 stellen.

51 **3. LEITLINIEN**

52 Es ist unser Anspruch, dass wir die Politik in Nordrhein-Westfalen aktiv mitgestalten. An vielen
53 Punkten ist es uns in den letzten Jahren gelungen, Akzente zu setzen und unsere Beschlüsse in
54 Regierungshandeln umzusetzen. Der eingeschlagene Politikwechsel der SPD-geführten Landesre-

gierung zu einer solidarischeren, gerechteren und sozialeren Gesellschaft ist der richtige Weg. Wir werden auch in Zukunft diesen Weg kritisch-konstruktiv und konsequent verfolgen, da wir uns als führende Jugendorganisation in der Verantwortung sehen.
Damit all dies auch tatsächlich gelingt, geben wir uns Leitlinien, die sich in allen Bereichen unserer Arbeit widerspiegeln werden und die uns gleichermaßen wichtig sind. Teilweise sind sie eher struktureller Natur oder beschreiben einen Anspruch, teilweise verkörpern sie unsere Grundwerte.
Landespolitischer Bezug
Unser Dreh- und Angelpunkt ist Nordrhein-Westfalen. Auf dieser Ebene bringen wir uns ein und dort wollen wir Debatten anstoßen. Gerade mit dem Blick auf die Landtagswahl 2017 werden wir die Tagespolitik kritisch-konstruktiv begleiten und für unsere Vision eines sozial gerechten NRW weiter kämpfen.

Doppelstrategie + Bündnisarbeit

Die NRW Jusos verstehen sich nicht nur als Jugendorganisation der NRWSPD, sondern auch als eigenständiger linker Jugendverband. Politische Mehrheiten gilt es nicht nur in den Parlamenten, sondern auch gesamtgesellschaftlich und in der öffentlichen Debatte zu organisieren. Viele Unterbezirke und Kreisverbände und der Landesverband beteiligen sich in verschiedenen Bündnissen und suchen Kooperationen und Kontakte mit anderen Verbänden und Gruppen. Mit unseren Partnerinnen und Partnern haben wir in der Vergangenheit gut zusammenarbeiten und Erfolge erzielen können – sei es bei konkreten Fragen (z.B. „Gute Nacht, G8!“) oder bei langfristigen Bündnissen, z.B. im antifaschistischen Bereich. Wir werden weiter mit unseren engsten Partnerinnen und Partnern zusammenarbeiten: den anderen Arbeitsgemeinschaften und Gruppen in der SPD, den Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugend, der Arbeiterwohlfahrt (AWO), den Falken und anderen linken Kinder- und Jugendverbänden. Auch die bisherige Zusammenarbeit mit der Grünen Jugend NRW werden wir aufrechterhalten, um themenbezogenen Druck von links auf unsere regierenden Mutterparteien auszuüben. Im Hinblick auf 2017 werden wir uns auch mit anderen linken, politischen Jugendorganisationen und Parteien auseinandersetzen um Spielräume für linke Mehrheiten in Land und Bund auszuloten. Weiterhin wollen wir auch neue Plattformen für das Zusammenarbeiten erproben. So wollen wir beispielsweise regelmäßige Treffen mit den Gewerkschaftsjugend zum politischen Austausch organisieren. Gleichzeitig wollen wir die Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften unterstützen, gemeinsame Foren mit Gewerkschaftsjugend einzuführen und zu pflegen. Dieser Basiskontakt ist wichtig, um Forderungen aus den Arbeiter*innenjugend – Beispiel: Weiterbildungsurlaub für Auszubildende – in Politik umsetzen zu können. Außerdem werden wir auf unsere internationalen Schwesterorganisationen – insb. in den Niederlanden und Belgien – zugehen und gemeinsame Fragen und Positionen diskutieren und artikulieren.
Die weitestgehend wahlkampffreien Zeiten, die vor uns liegen, wollen wir nutzen um neue Ideen und alte Probleme, die noch ungelöst sind, zu thematisieren und in Form von Kampagnen auf die Straße bringen. Dafür werden wir auf die oben genannten und auf neue Kooperationspartnerinnen und -partner zugehen und die Zusammenarbeit suchen.

Internationalismus

Internationalität gewinnt in Nordrhein-Westfalen immer mehr an Bedeutung. Sei es die Partnerschaft in der Region, z.B. mit den Genossen und Genossinnen in den Niederlanden und Belgien oder auf der internationalen Ebene mit YES und IUSY. Die Kooperationen mit anderen Jugendorganisationen werden von uns weiterhin gepflegt. Internationale Solidarität muss gerade in Zeiten wie diesen für uns mehr als selbstverständlich sein. Europa sehen wir nicht nur als eine Idee, sondern als langfristiges Ziel, in der wir Europäerinnen und Europäer die Gesellschaften und Kulturen in der Zukunft formen wollen. Die Stärkung der sozialen Politik steht für uns an oberster Stelle. Gerechte Daseinsvorsorge, ein faires Finanzsystem und nachhaltige Investitionen sind Grundlagen für ein soziales Europa. In Zukunft werden wir die Kooperation mit dem Willy Brandt Center in Jerusalem weiterführend stärken.

Gleichstellung

Wir NRW Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. Wir wollen, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben und frei und selbstbestimmt leben können. Bisher ist die Gleichstellung

1 der Geschlechter in unserer Gesellschaft nicht erreicht. Da das Thema in alle gesellschaftlichen Teil-
2 bereiche hineinwirkt und nicht nur, wie von vielen anderen Organisationen vertreten, ausschließlich
3 Familienpolitik betrifft, wollen wir Gleichstellung weiterhin als Querschnittsthema bei all unseren
4 Themen, Aktionen und Stellungnahmen beachten und behandeln.
5 Insgesamt reicht unser Verständnis von Feminismus und Gleichstellung weiter, als die Gleichstel-
6 lung zwischen „Mann“ und „Frau“. Denn längst nicht alle Menschen finden sich in diesen Katego-
7 rien wieder.

8 **Inklusion**

9 Inklusion ist eine politische Entscheidung und gleichzeitig eine gesellschaftliche Entwicklung. Ob
10 nach der Geburt, in der Schule, während der Arbeit, bei der Ausübung eines Ehrenamtes oder beim
11 Behördengang- Inklusion betrifft jeden Teil unseres Lebens und muss alltäglich werden. Daher ist
12 es für uns eine Leitlinie, die in allen Bereichen der Politik und unseres Handelns eine Rolle spielen
13 muss. Dabei bekennen wir NRW Jusos uns zu einem ganzheitlichen Inklusionsbegriff.
14 Ob es nun darum geht für eine Verbesserung der alltäglichen Strukturen im Leben von Menschen
15 mit Behinderung zu kämpfen, Integration jedweder Art zu erreichen oder ob es um Gleichstel-
16 lung und den Kampf gegen Diskriminierung eines jeden Menschen geht: Das Ziel einer inklusiven
17 Gesellschaft ist und bleibt ein Kernelement unserer politischen Arbeit, auch in den nächsten zwei
18 Jahren.

19 **Antifaschismus**

20 Der Faschismus als gesellschaftliche Bewegung war und ist die Negation einer jeden fortschritts-
21 freundlichen und emanzipatorischen politischen Bewegung. Er richtet sich - und darin geht er über
22 Konservatismus und Reaktion hinaus - nicht nur gegen den zivilisatorischen Fortschritt, sondern
23 lehnt bereits das Bestehende ab. Sein politisches Streben ist rückwärtsgewandt. Dementsprechend
24 müssen wir gemeinsam mit allen, das Bestehende als zivilisatorischen Fortschritt bejahenden, poli-
25 tischen Bewegungen den Kampf gegen den Faschismus fortführen, um das Bestehende gegen rück-
26 wärtsgewandte Bestrebungen zu verteidigen und gesellschaftlichen Fortschritt hin zu einer befreiten
27 Gesellschaft zu ermöglichen. Unsere antifaschistischen Bemühungen werden wir weiter verfolgen
28 und intensivieren, wo es möglich ist. Wir bekämpfen jegliche Form von Faschismus, Rechtspopulis-
29 mus, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Nationalismus.

30 Neue Formen rechter Gesinnung erscheinen in verschiedenen Gewändern und finden Anklang in
31 allen gesellschaftlichen Schichten. Nicht erst die schockierenden Ereignisse und Erkenntnisse der
32 letzten Jahre haben uns bewusst gemacht, dass es zunehmend gefährliche Tendenzen in diesem
33 Bereich gibt. Gemeinsam mit allen Bündnispartner*innen, die mit uns den Kampf gegen den
34 Faschismus aufnehmen, werden wir uns diesem Ziel widmen - zur Verteidigung der Demokratie
35 und dem Ermöglichen eines emanzipatorischen Fortschrittes. Wir werden im antifaschistischen
36 Kampf Bündnispartner*innen suchen und in Theorie und Praxis, in den Schulen, an den Arbeits-
37 plätzen, in den Freizeitsektoren und auf der Straße jede*r Faschist*in entschieden entgegentreten.
38 Dennoch ist es uns bewusst, dass auch Menschen in diese Szene driften, die einen Ausweg finden
39 müssen. Daher sehen wir es in unserem Selbstverständnis als gegeben an, sowohl die Opferbera-
40 tungen wie auch die Beratungen für Aussteiger*innen zu unterstützen und für ihr Fortbestehen
41 politisch zu streiten und einzustehen.

42 Unser antifaschistisches Bestreben wird uns als ein Querschnittsthema in allen weiteren Arbeitsbe-
43 reichen begleiten und unser Handeln als sozialistischer und emanzipatorischer Richtungsverband
44 bestimmen.

45 **4. UNSERE SCHWERPUNKTE**

46 Um unsere Arbeit in den nächsten zwei Jahren erfolgreich gestalten zu können, bedarf es der
47 Setzung von Schwerpunkten. Im Rahmen der hier gesetzten Prioritäten wird sich unsere Arbeit in
48 den kommenden beiden Jahren bewegen. Die beiden Schwerpunkte stellen die für uns in Zukunft
49 relevanten politischen Themen dar. Als NRW Jusos haben wir den Anspruch, die gesetzten Schwer-
50 punkte mit dem Verband zu bearbeiten.

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?	1
Es fällt zunehmend schwer, traditionelle Klassenstrukturen in unserer Gesellschaft zu erkennen, wengleich Ausbeutung und Bereicherung den gleichen Mechanismen folgen, wie schon Jahrhunderte zuvor. Der Trugschluss unserer Zeit ist das vermeintliche Fehlen einer Alternative zu der auf Wettbewerb ausgerichteten Gesellschaftsordnung. Wir streben eine Gesellschaft an, in der jede*r seine*ihre Persönlichkeit frei entfalten kann, in der soziale Ungleichheiten überwunden und die Menschen von äußeren Zwängen befreit werden. Wir NRW Jusos wollen als unseren Gegenentwurf zu den bestehenden Verhältnissen den demokratischen Sozialismus als eine Gesellschaft der Freien und Gleichen erreichen. Das werden wir wahrscheinlich nicht in den nächsten zwei Jahren schaffen, aber wir können und werden Ideen und Ansprüche dafür formulieren.	2 3 4 5 6 7 8 9 10
Das System in Frage und die Systemfrage stellen	11
Wir wollen nicht nur Tagespolitik beeinflussen, sondern stellen zugleich den demokratischen Sozialismus als Vision unserem politischen Handeln voran. Unser sozialistisches Grundverständnis geht dabei von einer Analyse der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft aus. Wie sich der Kapitalismus fortwährend weiterentwickelt und erneuert, so muss auch unsere Analyse der Wirtschaft und Gesellschaft fortwährend weiterentwickelt und erneuert werden. Die Ereignisse der letzten Jahrzehnte (Niedergang des real existierenden Sozialismus, Neoliberalismus, internationale Terrorbewegungen, „Krise“) beruhen auf sozio-ökonomischen Veränderungen und wir müssen uns, wollen wir unsere Kritik der kapitalistischen Ökonomie und Gesellschaft als eine adäquate erhalten, mit diesen Phänomenen auseinandersetzen. Gemeinsam mit unseren Partner*innen gilt es, die Systemfrage zu stellen, um nach einer Überwindung der bestehenden Verhältnisse und der Etablierung einer gerechten Gesellschaft zu streben. Dabei treibt uns nach wie vor das Wie um: Wie überwinden wir kapitalistische Strukturen? Wie lässt sich ein Umdenken in der Gesellschaft realisieren? Wie schaffen wir es, Sozialismus nicht nur zu denken, sondern auch zu erleben? Eine bessere Gesellschaft beginnt mit dem Bildungsprozess und zieht sich durch alle Bereiche des Lebens.	12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25
Durchlässigkeit im Prozess des lebenslangen Lernens	26
Durchlässigkeit nach oben, als unser Anspruch an eine inklusive Gesellschaft von morgen, bezieht sich auf den gesamten Prozess des Lebenslangen Lernens (LLL). Wir benötigen daher eine funktionierende Bildungskette. Beginnend mit der U3-Betreuung, führt sie über KITA, Schule, Ausbildung oder Studium und mündet in lebenslange formelle und informelle Lernprozesse. Wie kann der Kommunikationsfluss zwischen den Stationen reibungslos gewährleistet werden? Wie können wir Bildung so gestalten, dass alle Menschen zu jedem Zeitpunkt ihres Lebens Anspruch auf Grund-, Aus-, Weiter-, Fort- und Hochschulbildung haben? Sollen informell erworbene Kompetenzen zertifiziert werden? Wie kann Lebenslanges Lernen nicht für den Markt, sondern stärker für die persönliche Weiterentwicklung im Sinne eines humanistischen Bildungsverständnisses gewährleistet werden? Neben diesen Fragen werden wir uns mit Blick auf 2021 mit Strategien für die Zeit nach dem Schulkompromiss befassen und mit dem Aufbau eines breiten Bündnisses für die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems beginnen.	27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38
Arbeit von morgen – jetzt gestalten	39
Wir streben nach einem gerechten und zukunftsfähigen Arbeitsmarkt als Teil einer solidarischen Gesellschaft. Wie können Beruf und Sorgeverpflichtungen vereinbar gemacht werden? Wie können wir durch Arbeit mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft erreichen? Welche Arbeitszeitmodelle kommen für uns in Frage? Wie können die zunehmend schwindenden Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit im Sinne der Erwerbstätigen geregelt werden? Ferner müssen wir Ideen entwickeln, wie Erwerbstätige in der Wahrnehmung ihrer Rechte gestärkt werden können. Armut gilt es zu verstehen und zu bekämpfen: Wie entsteht Armut? Welche Erscheinungsformen von Armut gibt es? Wie können wir Armut in der Gesellschaft von morgen zielgerichtet entgegenwirken?	40 41 42 43 44 45 46 47

1 Gleiches gilt für die berufliche Aus- und Weiterbildung. Wie kann man sie verbessern? Ist es möglich,
2 die starren Ausbildungsrahmenpläne zu flexibilisieren und Freiräume zum Beispiel für Auslandsauf-
3 enthalte oder politische Weiterbildung zu öffnen? Was wird von den Gewerk-schaftsjugenden, unter
4 anderem von der IG Metall Jugend im Zuge der Kampagne ‚Revolution Bildung‘ gefordert?

5 **Situation von Migrant*innen**

6 Unsere Gesellschaft von morgen ist für alle da – egal wo sie herkommen. Oft sind aber Migrant*innen
7 vom politischen Leben in Deutschland ausgeschlossen. Sie sind in allen politischen Parteien – so
8 auch bei uns- unterrepräsentiert. Sie sind, selbst wenn sie schon lange in Deutschland leben, oft
9 von der Teilnahme an Wahlen und Referenden ausgeschlossen. Wie wir diese Menschen stärker in
10 den politischen Alltag einbinden können und welche Maßnahmen auf kommunaler, Landes- und
11 Bundesebene getroffen werden müssen, sind zentrale Fragen, die wir u.a. mit Migrant*innenselbsto-
12 rganisationen und der LAG Migration und Vielfalt der NRWSPD diskutieren wollen. Wie sollten
13 die Rahmenbedingungen für Zuwanderung gesetzt sein? Wie können wir das Engagement von
14 Migrant*innen auch innerhalb unseres Verbandes fördern? Weiterhin stellen sich zudem grundle-
15 gende Fragen des Umgangs mit Flüchtenden, Geflüchteten und Asylsuchenden. Residenzpflicht,
16 Arbeitsverbote, Abschiebehaf und Drittstaatenregelung, sowie auf europäischer Ebene das Dublin-
17 III-Verfahren und die Praxis von Frontex stehen für ein Versagen Deutschlands und Europas gegen-
18 über den betroffenen Menschen. Wir erarbeiten einen progressiven Gegenentwurf zum Umgang
19 mit Menschen, die temporär oder dauerhaft in unsere Gesellschaft einwandern wollen.

20 **Staat von Morgen**

21 Der Staat als demokratisch verfasste Instanz spielt für die Umsetzung unserer Politik eine entschei-
22 dende Rolle. Dieser hat für uns nichts mit Privatisierung, Sozialabbau und Deregulierung zu tun.
23 Die NRW Jusos halten bei der Beschreibung der Staatsaufgaben eines starken Staates am Staat als
24 Gestalter fest. Diese Handlungsfähigkeit erhält er durch solide Finanzpolitik und durch den weite-
25 ren Umbau der Gesellschaft hin zu einer/m sozialen Demokratie/demokratischem Sozialismus. In
26 Debatten um Staatlichkeit flammen jedoch immer wieder einige Punkte auf, die wir näher beleuch-
27 ten wollen. Wo befürworten wir staatliche Eingriffe und wo lehnen wir sie ab?
28 Eng verknüpft hiermit ist die Frage der (individuellen) Religionsfreiheit und danach, wie wir mit
29 Religion umgehen, wenn diese mit unserem Staatsverständnis kollidiert.
30 Ebenso gehört ein Konzept für die Zukunft des Öffentlichen Dienstes zu unserem fortschrittli-
31 chen Staatsentwurf. Was sind die Anforderungen an ein modernes Dienstrecht für Beamt*innen
32 und Angestellte? Öffentliche Arbeitgeber*innen sollen Vorbild sein: Wollen wir gemeinsam mit der
33 SPD eine glaubwürdige Politik der Gerechtigkeit und des sozialen Fortschritts vertreten, müssen wir
34 bei allen öffentlichen Arbeitgeber*innen dafür Sorge tragen, dass diese in Sachen Mitbestimmung,
35 Gleichberechtigung, Ausbildung und Arbeitsbedingungen mit gutem Beispiel voran gehen.
36 Wir wollen in den nächsten zwei Jahren Lösungsansätze finden, die zu unserer Idee einer Gesell-
37 schaft von morgen passen.

38 **Gleichheit weiterdenken – Vom Feminismus bis zur Queerbewegung**

39 Unserem Anspruch als feministischem Richtungsverband entsprechend, werden wir weiterhin
40 entschieden für die Gleichstellung der Frau eintreten. Die völlige gesetzliche Gleichstellung ist
41 hierfür die notwendige, aber eben nicht hinreichende Bedingung. Es geht heutzutage vor allem
42 um das Aufbrechen gesellschaftlich festgeschriebener Rollenbilder, die Menschen in ihrer Indi-
43 vidualität einschränken. Insgesamt reicht unser Verständnis von Feminismus und Gleichstellung
44 weiter als die Gleichstellung zwischen Mann und Frau. Denn längst nicht alle Menschen finden
45 sich in diesen Kategorien wieder. Unser langfristiges Ziel muss die Überwindung dieses kategorialen
46 Denkens sein, jedoch ohne zu verkennen, dass die gesellschaftliche Wahrnehmung die Menschen in
47 diese Kategorien einfügt und daraus tatsächliche strukturelle Diskriminierung von Frauen erwächst.
48 Inwieweit kann Popfeminismus eine Plattform bieten, mehr junge Menschen für das Thema
49 Feminismus zu begeistern? Wie können wir Diskriminierung von Menschen entgegenzutreten, die
50 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität ausgegrenzt werden? Unser langfristiges Ziel
51 ist die Überwindung des kategorisch zweigeschlechtlichen Denkens. Hierbei machen wir es uns aber
52 nicht so einfach wie andere politische Organisationen und rufen die Postgender-Gesellschaft aus.

Wir erkennen an, dass die Gesellschaft in der wir leben immer noch in alte Machtstrukturen unterteilt ist – und die Trennlinie eben zwischen zwei (konstruierten) Geschlechtern verläuft. Die Überwindung von Geschlechterkategorien ist daher für uns kein Argument die Quote abzulehnen oder andere frauenfördernde Maßnahmen nicht konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln. Wir wollen weiterhin gerade die Frauen unseres Verbandes gezielt fördern und vernetzen, um der bisher existierenden ungleichen Repräsentation der Geschlechter entgegenzuwirken. Zudem erkennen wir, dass zur Bekämpfung der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität insbesondere auch die Öffnung der Ehe und das Recht, Kinder zu adoptieren, für gleichgeschlechtliche Paare nötig sind und treten weiterhin hierfür ein. Aufklärungsprojekte über sexuelle Identitäten (auch und gerade in der Schule) bedürfen der Förderung, wie auch die vielen Selbsthilfeprojekte und niederschweligen Angebote, die (junge) Menschen in ihrem ComingOut unterstützen.

Verantwortungsvolle internationale Politik

Als internationalistischer Richtungsverband streiten wir NRW Jusos auch in den kommenden zwei Jahren mit unseren zahlreichen Partner*innenorganisationen in aller Welt für Frieden, Freiheit und Solidarität.

In der globalisierten Welt sehen wir einerseits neue Optionen und Emanzipationschancen. Andererseits sind wir mit neuen und stärkeren (wechselseitigen) Abhängigkeiten konfrontiert. Um ein Gegengewicht zu den global organisierten Kapitalinteressen zu bilden, braucht es eine globale Assoziation der emanzipatorischen Kräfte. Dabei gilt es für uns, aus den Fehlern der sozialistischen Internationalen zu lernen.

Wir wollen in der nächsten Zeit im Verband diskutieren, wie die Rolle der BRD in der Welt auszu- sehen hat, welcher Reformen EU und UN bedürfen und wie z.B. eine europäische Sozialunion auszusehen hätte, um endlich wieder sozialen Fortschritt zu erreichen oder eine Armee der EU.

Wider die reaktionären Tendenzen

Wir wollen uns im neuen Landesvorstand mit den gesellschaftlichen Zusammenhängen auseinandersetzen, die zu den in den vergangenen Jahren beobachtbaren reaktionären Tendenzen in unserer Gesellschaft geführt haben. Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus (z. B. Islamophobie), Faschismus und Islamismus sind ideologische Konstruktionen, welche eine immense gesellschaftliche Wirkkraft entfalten und zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bis hin zu Gewaltausbrüchen führen können. Ein emanzipatorischer Verband wie die Jusos, muss reaktionäre Ideologien kategorisch ablehnen und bekämpfen. Wir werden uns mit Funktionen und Wirkungen reaktionärer Ideologien beschäftigen und ein Handlungskonzept vorlegen, wie reaktionären Tendenzen in unserer Gesellschaft von einem fortschrittlichen und sozialistischen Standpunkt aus begegnet werden kann.

Wirtschaft von Morgen

Gesellschaft ist gestaltbar! Wir NRW Jusos glauben weder an Selbstheilungskräfte des Marktes noch an die Rettung durch den „ehrbaren Kaufmann“ .

Wir glauben, dass jede Ausprägung der Gesellschaft Resultat eines politischen Gestaltungsprozesses ist. Wir wollen darüber diskutieren wie sich Gesellschaft verändern soll und mit welchen Mitteln diese Ziele erreicht werden. Grundlegende wirtschaftspolitische Ziele sind vor allem die Vollbeschäftigung und eine Wirtschaftsdemokratie zu entwickeln. Für uns steht dabei ökonomisches, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften im Fokus. Nachhaltigkeit in der Wirtschaft hat für uns NRW Jusos mehrere Bedeutungsebenen: Vor allem die soziale Dimension von Nachhaltigkeit muss in unserem Verständnis von der "Wirtschaft von Morgen" definiert werden.

Darunter fallen Arbeitnehmer*innen- und Verbraucher*innen- Rechte, aber auch die Rolle von lokalen Unternehmen in der von Konzernen dominierten globalen Wirtschaft. Unsere Grundwerte – Freiheit, Gleichheit und Solidarität –sind für uns die Grundvoraussetzung für nachhaltiges Wirtschaften. Freiheit im Sinne einer Wirtschaft, die sich im politisch definierten Rahmen entfalten kann; Gerechtigkeit im Sinne einer Wirtschaft, die allen dient; Solidarität im Sinne einer Wirtschaft, in der Benachteiligungen kompensiert werden.

Wir NRW Jusos wollen definieren, wie nachhaltige "Wirtschaft von Morgen" für uns ganz konkret aussieht. Fragen nach den Grenzen und des Sinns von Wachstum, nach Einkommensverteilung,

1 fairen Arbeitsbedingungen, dem Verbraucher*innenschutz, internationaler Wirtschaft und der mit
2 allen Punkten verbundenen Rolle des Staates wollen wir NRW Jusos in den kommenden Jahren
3 diskutieren und neu beantworten. Für uns Jusos gibt es dabei keinen Königsweg und keine Denkver-
4 bote. Weder staatliche Eingriffe noch freies Kräftewalten sind für uns die Allheilmittel. Stattdessen
5 wollen wir jeden Einzelfall erörtern und genau abwägen, welches die besten Wege sind.

6 **Strukturwandel des Arbeitsmarkts**

7 Der Strukturwandel des Arbeitsmarktes bedeutet gleichermaßen einen Kulturwandel in den Unter-
8 nehmen. Althergebrachte Organisationsstrukturen, Handlungsmuster und Beziehungskulturen
9 werden schrittweise über Bord geworfen und Veränderungen unterworfen, die den Arbeitsmarkt
10 sowie das Erwerbsleben nachhaltig prägen. Den Arbeitnehmer*innen muss in diesem Transformati-
11 onsprozess die entscheidende Rolle zukommen. Sie sollen durch die Demokratisierung von Unter-
12 nehmenstrukturen und die Stärkung von Beteiligungsrechten in die Lage versetzt werden, selbst zu
13 entscheiden, wie das Unternehmen bzw. der Betrieb, in dem sie arbeiten, Erwerbsarbeit organisiert
14 und strukturiert. Wir NRW Jusos wollen diesen Wandel aktiv mitgestalten und in engem Austausch
15 mit den Gewerkschaftsjugendlichen Ideen und Vorstellungen darüber entwickeln, in welche Richtung
16 sich der Kulturwandel in den Unternehmen vollziehen soll.

17 **Internationale Wirtschaft**

18 Wie wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nachhaltig und effizient in der ganzen Welt schaffen,
19 wollen wir diskutieren. Dabei werden wir erörtern, welche Effekte bilaterale Handelsabkommen
20 zwischen ausgewählten Wirtschaftsräumen haben und ob sie einer zentralen Koordination durch
21 die WTO vorzuziehen sind. Uns interessieren die Chancen und Risiken sowohl für die Volkswirt-
22 schaft im Ganzen, als auch konkret lokal für die Wirtschaftsbetriebe in NRW vor Ort. Einige Volks-
23 wirtschaften, wie u.a. Deutschland, stützen ihre Produktion auf große Handelsungleichgewichte.
24 Wir wollen uns mit den Gefahren dieser Art des Wirtschaftens auseinandersetzen und Lösungen
25 diskutieren. Der Übermacht von Banken kann auf internationaler Ebene entgegnet werden. Was
26 innerhalb der EU, der Eurozone und Deutschlands bereits dafür getan wurde und noch unternom-
27 men werden müsste, um die Übermacht zu vermeiden sowie stattdessen den Banken eine wirt-
28 schaftsfördernde Rolle zukommen zu lassen, möchten wir NRW Jusos uns genauer anschauen. Im
29 Lichte der turbulenten internationalpolitischen Lage wollen wir NRW Jusos schließlich eruieren,
30 ob Wirtschaftssanktionen ein geeignetes Mittel zur Erreichung außenpolitischer Ziele sein können
31 und was die Sanktionen für Auswirkungen auf die Industrie in NRW haben können.

32 **Wachstum weiter denken**

33 Um wirtschaftliche Erfolge messbar und vergleichbar zu machen, wird häufig auf die Unterneh-
34 mensgewinne geschaut. Diese Gewinne spiegeln nur einen geringen Teil der Unternehmensfüh-
35 rung wider. Wie die Gewinne erwirtschaftet wurden und ob dies zu Gunsten oder in Einbeziehung
36 der Arbeitnehmer*innenschaft geschah, ist nicht nachvollziehbar. Ähnlich verhält es sich mit dem
37 Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines Landes. Das Wachstum des BIP verschweigt viel. Nachhaltigkeit
38 und ökologische Aspekte werden vollkommen ausgeblendet. Die Rodung von Wäldern und ihre
39 anschließende agrarische Bewirtschaftung haben einen positiven Effekt auf das BIP, sind aber aus
40 ökologischen Aspekten mehr als fraglich.

41 Für uns ist ein Unternehmen erfolgreicher, welches arbeitnehmer*innenfreundlich, ökologisch,
42 ökonomisch und energieeffizient arbeitet. Für ein aussagekräftiges Bild der Entwicklung einer
43 Volkswirtschaft müssen viele Faktoren, wie Verteilungsfragen, Arbeitslosigkeit, Arbeitsbedingun-
44 gen, Zufriedenheit, Gleichberechtigung, ökologische Nachhaltigkeit und viele mehr berücksichtigt
45 werden. Die komplexe Verfasstheit einer Gesellschaft kann niemals in Form eines einzelnen Index
46 abgebildet werden, da solche immer mehr Informationen verschweigen anstatt zu präsentieren. Die
47 Rolle von Wachstum als Jobmotor und Verringerer sozialer Ungerechtigkeiten wird in der Zivilge-
48 sellschaft immer häufiger in Frage gestellt. Gerade als Industrieland im Strukturwandel müssen wir
49 darüber diskutieren, wie die Welt mit, ohne oder grünem Wachstum aussehen wird. Hilft Wachstum
50 tatsächlich gegen Ungleichheit und was muss unternommen werden, damit auch in Zeiten niedrigen
51 Wachstums die Ungleichheit nicht Überhand nimmt; ist beispielsweise die von Thomas Piketty

vorgeschlagene internationale Vermögensabgabe ein gutes Mittel dagegen? Weiter ist zu klären was unsere Anforderungen an die drei oben genannten Szenarien sind. Sind diese Szenarien zeitgemäß oder schon überholt? Die Diskussion werden wir unvoreingenommen starten.

Wir NRW Jusos setzen uns für die globale Betrachtung der Gesellschaft ein. Wie eine solche Betrachtung auszusehen hat und nach welchen Kriterien sie erfolgen soll, wollen wir in den nächsten zwei Jahren diskutieren. Zum wirtschaftlichen Erfolg muss in unserer Gesellschaft auch der oder die ‚Endnutzer*in‘ zählen. Schon beim Entwickeln von Produkten und Angeboten müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher und deren Interessen eine Rolle spielen. Daher wollen wir in den kommenden zwei Jahren die bisher vorgelegten Programme für die Stärkung von Verbraucher*innenschutz diskutieren.

5. INSTRUMENTE UNSERER POLITIK

Zur Erarbeitung, Diskussion und Umsetzung unserer politischen Inhalte stehen uns verschiedene Veranstaltungsformate zur Verfügung, die wir auch in den nächsten Jahren intensiv nutzen und weiterentwickeln wollen. Im Fokus steht dabei immer die Einbindung möglichst aller Jusos in NRW. Gemeinsam, konstruktiv, kontrovers -Unsere Veranstaltungsformate für ein NRW von morgen

Wir NRW Jusos stehen weiterhin für niedrigschwellige und verbindliche Mitgliederorientierung. Unsere politischen Positionen können und wollen wir nur gemeinsam mit allen interessierten Mitgliedern entwickeln. Verbindlich wird Beteiligung dann, wenn die Mitglieder erkennen, in welche Beschlusslagen und weiteren Schritte ihre Beiträge münden. Wesentliche Veranstaltungsformate haben sich dabei in den letzten zwei Jahren als gewinnbringend für Mitglieder und Gesamtverband erwiesen. Deshalb wollen wir diese fortführen. Die „Verbandswochenenden“ haben sich als Ort eingehender Debatten und Ideenfindung bewährt, auch weil sie mit ihrer Mischung aus politischer Diskussion und gemeinsamer Freizeitgestaltung integrativ auf den Verband wirken. Die Neueinrichtung des Veranstaltungsformats „Forum der NRW Jusos“ ist ein großer Gewinn für unseren Verband. Eintägige, kompakte Diskussionsforen erlauben es, durch thematische Differenzierung, große politische Fragen aus verschiedensten Perspektiven zu beleuchten. Ebenfalls fortführen wollen wir das Format der „Mitgliederforen“, das es uns ermöglicht, politische Prozesse in Verband und Partei dezentral und mitgliederoffen zu gestalten, wie es bei der Debatte zum Mitgliederentscheid 2013 erfolgte.

Unser Ziel für die kommenden zwei Jahre ist es, schlagkräftige Themen zu setzen und flexibler auf Themen reagieren zu können. Daher wird der Landesvorstand ein neues Veranstaltungsformat, neben Foren und Verbandswochenenden umsetzen, welches eine Veranstaltungsreihe zu bestimmten politischen Themen vorsieht. Mit Blick auf die Kampagnenfähigkeit unseres Verbandes, die flexible Reaktionsmöglichkeit bei tagespolitischen Fragen und eine breitere geografische Streuung unserer Veranstaltungen, wird uns dieses Format bei der gemeinsamen politischen Arbeit weiterbringen.

Bildungsarbeit

Bildungsarbeit im Verband soll weiter hin ein Schwerpunkt für uns sein. Hierbei möchten wir auf bewährte Formate setzen, deren Qualität wir aus dem Feedback der letzten zwei Jahre bestätigt wissen. Neumitgliederseminare, Kooperationsseminare mit den Unterbezirken, Grundlagenseminare und Seminare zur Verbesserung von Soft-Skills sind für uns ebenso mögliche Bestandteile wie die Funktionär*innenschulung. Dabei wird auch die Vorbereitung von Konferenzen und Parteitagen mit Fragen wie korrekter Antragserarbeitung eine große Rolle spielen. Auch wollen wir weiterhin internationale Studienreisen durchführen.

Das Bildungsprogramm der NRW Jusos soll für je ein Jahr detailliert feststehen. Die Evaluation des Angebotes und das Feedback zwecks Verbesserungspotential ist uns hierbei wichtig. Unsere feministische Arbeit soll sich auch in der Bildungsarbeit wiederfinden. Auch bei Kooperationsseminaren der Unterbezirke sollen feministische Bausteine wie die "feministische Viertelstunde" Bestandteil sein. Nach der Kommunalwahl sind nun viele Jusos in Kommunalparlamenten vertreten. Diese müssen von uns gezielt geschult und begleitet werden um junge Politik weiter voran zu treiben. In diesem Zusammenhang hat das Forum junge Kommunalpolitik eine Schlüsselfunktion.

1 **Darstellung nach Außen**

2 **a) Verband, Partei, Bündnispartner*innen**

3 Die verbandsinterne Kommunikation wollen wir weiterhin auf allen verfügbaren Kanälen betreiben.
4 Wir wollen schnell, professionell und kollegial kommunizieren – sowohl intern, als auch mit unseren
5 Bündnispartner*innen. Unsere Mitglieder wollen wir weiterhin über die Homepage der NRW Jusos,
6 soziale Netzwerke, sowie Newsletter erreichen. Auch das Verbandsmagazin soll unsere Mitglied-
7 schaft weiterhin als gebündeltes Themenheft erreichen und über unsere Arbeit informieren. Ebenso
8 wollen wir gegenüber der Partei sichtbar sein und dazu auch die zur Verfügung stehenden Kanäle
9 (etwa NRW-Teil im Vorwärts, Dienstagspost) nutzen.

10 **b) Außenwirkung**

11 Wichtige Grundlage für die Kampagnenfähigkeit ist die öffentliche Darstellung unserer Aktio-
12 nen und Positionen. Damit gehen sowohl die Aufbereitung in sozialen Netzwerken, als auch das
13 Vorkommen in traditionellen Medien einher. Die Nutzung sozialer Netzwerke wollen wir weiter
14 ausbauen und stets am Puls der Zeit halten, um die Außenwirkung zu steigern und auf aktuelle
15 Entwicklungen reagieren zu können. Dazu wollen wir vor allem die Nutzung des Netzwerkes Twit-
16 ter intensivieren, da es eine gute Möglichkeit bietet, die öffentliche Debatte zu beeinflussen und
17 Aufmerksamkeit zu erzeugen.

18 Daneben sollen neue Trends in Form digitaler Tools und Apps berücksichtigt und ihr möglicher
19 Einsatz angestrebt werden. Ziel ist es, gemeinsam die digitale Wirkmacht der NRW Jusos zu
20 steigern.

21 Auch über die klassische Pressemitteilung wollen wir weiterhin Aufmerksamkeit generieren und die
22 vorhandenen Pressekontakte nutzen und ausbauen. „Klassische“ Medien besitzen noch immer eine
23 hohe Reichweite, weshalb Jusothemen und –aktionen auch dort vorkommen und diskutiert werden
24 müssen. Dabei bemühen wir uns um eine lebensnahe Sprache.

25 **6. JETZT ERST LINKS, JETZT GEHT'S LOS!**

26 Mit diesem Arbeitsprogramm nehmen wir uns konkrete Ziele vor und geben uns eine wichtige
27 Orientierung zum Erreichen unserer Vorstellungen. Nur gemeinsam können wir dieses Programm
28 umsetzen, gemeinsam können wir viel erreichen. Es liegen zwei spannende und chancenreiche Jahre
29 vor uns. Schaffen wir die Grundlagen für ein strahlendes und zukunftsfähiges NRW. Trotz aller
30 Schwierigkeiten und politischen Stimmungen: Jetzt erst recht, JETZT ERST LINKS.

31 Lasst uns nun loslegen und alles geben! NRW Jusos Glück Auf!

BILDUNG, AUSBILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG

B 1	Ausbildungsperspektiven für Jugendliche sichern!	23
B 2	Für ein schlagfertiges Arbeitsrecht - Keine Kürzungen in der Arbeitsschutzverwaltung	24
B 3	Mehr Schulsozialarbeit in NRW	25
B 4	Schluss mit der Lobduselei – Für Fortschritt im Ausbildungssystem	26
B 6	Dyskalkulie ernst nehmen – individuelle Förderung umsetzen!	27
B 8	Deutschlandstipendien oder die Kaderschmiede der Unternehmen!	28
B 9	Wissen, wo es her kommt.....	29

AUSBILDUNGSPERSPEKTIVEN FÜR JUGENDLICHE SICHERN!

Hinter der falschen Fassade der „Vollbeschäftigung“ verbirgt sich in Deutschland noch immer ein	3
Ausbildungsproblem: Tausenden jugendlichen SchulabgängerInnen fehlt eine Ausbildungs- und	4
Berufsperspektive, viele hängen im schulischen „Übergangssystem“ fest. Auf der anderen Seite	5
klagen WirtschaftsvertreterInnen über drohenden Fachkräftemangel. Wir Jusos stehen klar dafür	6
ein, dass ein alterndes Einwanderungsland wie Deutschland seine zukünftigen wirtschaftlichen	7
und gesellschaftlichen Herausforderungen nur mit mehr Offenheit und Immigration lösen kann.	8
Daneben braucht es aber so schnell wie möglich große Anstrengungen, um vielen in Deutschland	9
aufgewachsenen Jugendlichen eine berufliche und persönliche Perspektive zu geben. Darum fordern	10
wir Jusos:	11
» Nach wie vor die Ausbildungsplatzumlage!	12
» Schluss mit undurchschaubaren Statistiken: Durch eine systematische Verbleibsanalyse muss	13
für Politik, Wirtschaft und Beschäftigten zukünftig klarer aufgezeigt werden, welchen aktuellen	14
Ausbildungsbedarf es gibt.	15
» Ausbildung braucht Qualifizierung statt Hilfstätigkeiten: Wir bekennen uns zu den zentralen	16
Qualitätsstandards der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO). Rückwirkend ist sicherzustellen,	17
dass die zwischenzeitliche Aussetzung der AEVO (von 2003 bis 2009) keine Qualitätsdefizite	18
in Betrieben hinterlässt.	19
» Förderung der Ausbildungsqualität in kleineren Unternehmen: Durch Forcierung von Verbänden	20
zwischen kleineren Betrieben kann Ausbildungsqualität in Gänze gesteigert werden. Zudem	21
sind stärkere Kontrollen der Ausbildungspflichten notwendig. Es geht auch um die Attraktivität	22
von Ausbildungen in kleineren Betrieben.	23

1 FÜR EIN SCHLAGFERTIGES 2 ARBEITSRECHT - KEINE 3 KÜRZUNGEN IN DER 4 ARBEITSSCHUTZVERWALTUNG

- 5 Die Stellen für Aufsichtskräfte in der Arbeitsschutzverwaltung in den Bezirksregierungen des
6 Landes Nordrhein-Westfalen dürfen nicht weiter gekürzt werden.
7 Mittelfristig muss das Personal dort wieder aufgestockt werden. Dabei muss wieder ein Personal-
8 stock erreicht werden, der eine effiziente Arbeit der Arbeitsschutzbehörden erlaubt.

B 3

MEHR SCHULSOZIALARBEIT IN NRW

1

2

Wir fordern die Erhaltung der Schulsozialarbeit in NRW. Die Strukturen die der Bund hier als Teil
des Bildungs- und Teilhabepaketes geschaffen hat, dürfen nicht wieder zerschlagen werden. 3
4

Schulsozialarbeit ist eine langebestehende Forderung der Jusos und eine wichtige bildungspolitische
Maßnahme zur Schaffung von mehr Chancen für junge Menschen. 5
6

Der Bund muss die Finanzierung der Schulsozialarbeit mindestens auf dem gleichen Niveau wie
bisher sicherstellen. Mittelfristig muss die Schulsozialarbeit weiter ausgebaut werden. 7
8
9

1 **SCHLUSS MIT DER LOBDUSELEI** 2 **FÜR FORTSCHRITT IM** 3 **AUSBILDUNGSSYSTEM**

- 4 Wir fordern, dass folgende Punkte sowohl durch Landes- als auch durch Bundespolitik entspre-
5 chend umgesetzt werden:
- 6 » Umsetzung einer echten Ausbildungsplatzgarantie – mit den Mitteln der Ausbildungsplatzquo-
7 te und der Ausbildungsplatzabgabe
 - 8 » Eine finanzielle Unterstützung für ökonomisch unsichere Betriebe zur Übernahme ihrer
9 Auszubildenden
 - 10 » Die Verkürzung von Ausbildungen, die bisher 3jährig waren auf 2 Jahre lehnen wir ab.
 - 11 » Alle Punkte sollen im Detail mit den Gewerkschaften erarbeitet werden und mit ihrer Zustim-
12 mung erst umgesetzt werden
 - 13 » Wir fordern eine nach Ausbildungsjahren ansteigende Mindestausbildungsvergütung. Ferner
14 soll in Ausbildungsberufen, die in unterschiedlichen Branchen ausgeübt werden, eine Mindest-
15 ausbildungsvergütung in Höhe von 80 Prozent der Vergütung des für die Auszubildenden
16 günstigsten Tarifvertrags gelten.

DYSKALKULIE ERNST NEHMEN – INDIVIDUELLE FÖRDERUNG UMSETZEN!

1
2
3

Im Zuge der derzeit stattfindenden Inklusion fordern wir, dass auch den Menschen (SchülerInnen) mit Legasthenie und Dyskalkulie geholfen wird. Das im Schulgesetz festgelegte Recht auf individuelle Förderung einer jeden Schülerin und eines jeden Schülers muss konsequent umgesetzt werden. Grundlegend dafür ist eine umfassende Diagnostik, die es ermöglicht, Dyskalkulie bei SchülerInnen rechtzeitig festzustellen. Nur so ist eine umfassende Förderung und Prävention möglich. In einem schülerInnenorientierten Prozess soll so für jede Schülerin und jeden Schüler eine Förderplanung erstellt werden, die es zum Ziel hat, den SchülerInnen beim Aufbau mathematischer Grundvorstellungen zu unterstützen.

4
5
6
7
8
9
10
11

In einem offenen Dialog zwischen Politik, Schule und Wissenschaft unter Berücksichtigung des aktuellen wissenschaftlichen Standes und bestehender Förderkonzepte (z.B. das Bielefelder Förderkonzept zur Diagnose und Förderung bei Rechenstörungen) soll in einem Arbeitskreis bestehend aus PädagogInnen, PsychologInnen und JuristInnen über Möglichkeiten eines Nachteilsausgleichs bei Dyskalkulie, didaktisch-methodische Maßnahmen zur Förderung der betroffenen SchülerInnen und Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte diskutiert werden.

12
13
14
15
16
17

1 **DEUTSCHLANDSTIPENDIEN** 2 **ODER DIE KADERSCHMIEDE DER** 3 **UNTERNEHMEN!**

4 Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht: „Das Deutschlandstipendium werden wir mit der
5 Zielmarke von zwei Prozent der Studierenden in dieser Legislaturperiode fortführen.“ Das bedeu-
6 tet bis 2017 sollen 2 Prozent der Studierenden in Deutschland monatlich mit 300 Euro gefördert
7 werden. Dieser Betrag setzt sich zum einem aus 150 Euro Bundesmittel und zum anderem aus
8 150 Euro durch private Förderer zusammen. Diese Förderer können Unternehmen, Stiftungen oder
9 Privatpersonen sein, die explizit von den Hochschulen angeworben werden müssen. In den meisten
10 Fällen Unternehmen, die schon bereits mit den Hochschulen kooperieren.
11 Begünstigt durch dieses Stipendium werden die Besten der besten Studierenden und wer das ist
12 entscheidet alleine die Hochschule. Neben überzeugenden Noten sollen bei der Vergabe des Stipen-
13 diums auch gesellschaftliches Engagement und besonders persönliche Leistungen berücksichtigt
14 werden. In der Praxis wird das aber nicht umgesetzt, schon alleine wegen der Flut der Bewerbungen.
15 Aufgrund der aufwändigen Vergabeverfahren der Hochschulen versacken ca. 40 Prozent der Förder-
16 mittel zusätzlich in Verwaltungsaufgaben.
17 Die Unternehmen sehen es für sich als Chance die Eliten ihres jeweiligen Fachbereiches frühzeitig
18 an ihr Unternehmen zu binden. Dieses kann z.B. durch Veranstaltungswochenenden, Austausch-
19 programmen oder Praktika im eigenen Unternehmen ausgeweitet werden. Die Förderung der Frau-
20 en wird dabei weitestgehend ignoriert. Ebenso werden nur Studierende aus industriell relevanten
21 Studiengängen gefördert. An 120 Hochschulen in Deutschland werden sogar keine Stipendien
22 vergeben, weil die Unternehmen gar nicht daran interessiert sind mit diesen zusammenzuarbeiten.
23 Eine so einseitige Elitenförderung der Hochschulbildung wird von uns verurteilt. Daher fordern wir
24 NRW Jusos die sofortige Abschaffung der Deutschlandstipendien! Die staatlichen Mittel sollen zur
25 Verbesserung des BaföG eingesetzt werden. Zusätzlich ist die einseitige Förderung von Fachberei-
26 chen durch Großunternehmen kritisch zu betrachten.

WISSEN, WO ES HER KOMMT

1

Immer weniger Kinder können einen klaren Bezug landwirtschaftlichen Erzeugnissen und deren Gewinnung und den Produkten im Einzelhandel herstellen. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, soll sich schulformübergreifend in der siebten Klasse eine Projektwoche diesem Thema gewidmet werden. Im Rahmen dieser Projektwoche werden landwirtschaftliche Betriebe besucht. Dies beinhaltet sowohl den Besuch eines Bauernhofes, als auch den Besuch eines Schlachthofes. Den Schülerinnen und Schülern soll bewusst Ernährung sowie der Weg zur Nahrung vermittelt werden um sie sowohl für den gesundheitlichen sowie den Verbraucherschutztechnischen Bezug zu sensibilisieren. Dies gehört zu einem der ersten Schritte zur Stärkung und Förderung des Verbraucher*innenschutzes und gesundheitsbewussten, reflektierten Ernährung.

10

EUROPA UND INTERNATIONALES

E1	Für eine wirklich solidarische, europäische Asylpolitik.....	33
E2	Dann sind wir eben vaterlandslose Gesellen - Kein Nationalismus in unserem Wahlkampf!	34

FÜR EINE WIRKLICH SOLIDARISCHE, EUROPÄISCHE ASYLPOLITIK

Wir fordern eine solidarische Ausgestaltung des neuen „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (nGEAS). Die bereits getroffenen Maßnahmen zur Harmonisierung des Asylprozesses und die Anhebung der Schutzstandards müssen weiter ausgebaut werden.	1 2 3
Zu den Maßnahmen soll gehören:	4
1. Aussetzung der Dublin III-Verordnung, stattdessen soll es eine gerechte Aufteilung der Flüchtenden auf die Länder der EU geben; die Aufteilung soll nach einem Schlüssel erfolgen, der sich aus der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit pro Kopf und der Bevölkerungszahl eines Mitgliedstaates errechnet.	5 6 7 8 9 10 11 12
2. Verbot der Rückführung in Drittstaaten.	13
3. Schnellere Bearbeitung von Asylverfahren und umgehende Aufklärung über die Rechte.	14
4. Zur besseren Integration der Flüchtenden müssen die Teilhabemöglichkeiten kostenlos zugänglich gemacht werden (Zugang zum Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit und politische Partizipation), sowie schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen akademischen und beruflichen Abschlüssen.	15 16 17 18

1 **DANN SIND WIR EBEN**
2 **VATERLANDSLOSE GESELLEN**
3 **- KEIN NATIONALISMUS IN**
4 **UNSEREM WAHLKAMPF!**

5 Bei der Europawahl hat die SPD in der letzten Wahlkampfwoche eine Anzeige in mehreren Zeitun-
6 gen geschaltet, in der „Nur wenn Sie Martin Schulz und die SPD wählen, kann ein Deutscher
7 EU-Kommissionspräsident werden“ zu lesen war. Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, in
8 Zukunft auf die Verwendung solch dumpfen-nationalistischer Töne zur Stimmenmaximierung zu
9 verzichten.

INNERES UND JUSTIZ

I 1	Umstrukturierung der Nachrichtendienste ermöglichen!.....	37
I 2	Hohe Standards in der Ausbildung und eine Kennzeichnungspflicht für Kommunale Ordnungsdienste.....	40
I 4	Umstrukturierung des Strafvollzugs	41
I 5	Gebt das Hanf frei!	42
I 6	Landesweiten Partypass einführen.....	43

UMSTRUKTURIERUNG DER NACHRICHTENDIENSTE ERMÖGLICHEN!

Im November 2011 ist bekanntgeworden, dass der Nationalsozialistische Untergrund, eine rechtsextremistische Terrorzelle, mutmaßliche zwischen 2000 und 2006 neun Kleinunternehmer mit Migrationshintergrund und 2007 eine Polizistin ermordet hat sowie 2004 ein Nagelbomben-Attentat und zahlreiche Banküberfälle begangen hat. Trotz zahlreicher Hinweise und diverser V-Leute im Umfeld der Zelle ist es dem Verfassungsschutz in Bund und Ländern nicht gelungen einen rechts-extremen Hintergrund bei den Taten festzustellen oder auch nur in Betracht zu ziehen. Dies ist nur der Gipfel einer lang anhaltenden Serie von Pannen bei der Arbeit des Verfassungsschutzes. Eine umfassende Reform und Neustrukturierung des deutschen Nachrichtendienstwesens ist daher angezeigt und unausweichlich.

Abschaffung der Verfassungsschutzämter und Fusion von MAD und BND

Langfristig fordern wir daher die Abschaffung von Bundes- und Landesämtern für Verfassungsschutz sowie die Fusionierung von Militärischem Abschirmdienst und Bundesnachrichtendienst zu einer nachrichtendienstlichen Behörde.

Die bisherigen Aufgaben des Verfassungsschutzes Spionageabwehr, Proliferationsabwehr, Wirtschaftsschutz, Geheim- und Sabotageschutz sowie die Auswertung elektronischer Angriffe sollen von der neu fusionierten Behörde aufgenommen werden. Bereits jetzt überschneiden sich die Arbeit von MAD, BND und Bundesverfassungsschutz in vielen Bereichen, insbesondere bezüglich Spionageabwehr sowie Geheim- und Sabotageschutz. Die ursprüngliche Aufgabentrennung zwischen Abwehr (MAD, BfV) und Aufklärung (BND) ist seit langem in Auflösung begriffen. Die neu zu gründende Behörde würde die bisherige Schnittmenge aufgreifen und folgende Aufgabenfelder beanspruchen: Spionageabwehr, Proliferationsabwehr, Wirtschaftsschutz, Geheim- und Sabotageschutz, Abwehr elektronischer Angriffe sowie Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland mit außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik. Bisher bietet sich das Bild, dass nicht selten geheimdienstliche Ermittlungsmaßnahmen verschiedener Dienste unkoordiniert nebeneinander her laufen, sich mitunter gegenseitig im Kompetenzgerangel behindern. Die neu zu schaffende Behörde hätte die oben genannten Aufgaben originär. Die Bundeswehr sollte einer demokratischen und keiner geheimdienstlichen verschleiernenden Kontrolle unterliegen. Die neu zu schaffende Behörde hat demnach keinerlei militärische Befugnisse. Die bisherige Überprüfung von Soldat*innen auf einen rechtsextremistischen Hintergrund soll zukünftig nicht mehr geheimdienstlich organisiert sein sondern durch eine demokratische Behörde angesiedelt im Verteidigungsministerium durchgeführt werden, die nicht in den militärischen Apparat eingegliedert ist.

Die Abwehr von Gefahren durch Rechtsextremismus, Linksextremismus, Ausländerextremismus (Begrifflichkeiten, die in ihrer Einteilungsform der Extremismustheorie entsprechen, wurden vom Bundesverfassungsschutz übernommen)¹ und Islamismus soll durch personelle Aufstockung in den schon geschaffenen Bereichen im Bundes- und Landeskriminalamt gewährleistet werden. Hierbei sind die Befugnisse der Polizeibeamtinnen und -beamten nicht zu erweitern, insbesondere sind keine geheimdienstlichen Befugnisse zu erteilen, um nicht gegen das Trennungsgebot zu verstoßen. Außerdem ist eine personelle Identität der alten und neuen Ermittlerinnen und Ermittler verhindern, um einen tatsächlichen Neuanfang zu ermöglichen. Die Übertragung dieser Aufgabenfelder des Verfassungsschutzes auf Bundes- und Landeskriminalämter, stellt schon deswegen keinerlei Widerspruch mit den Trennungsgebot dar, da den Polizeibeamt*innen keine nachrichtendienstlichen Kompetenzen zugesprochen werden. Die Ermittlungstätigkeit der Polizei ist weiterhin nur auf Gefahrenabwehr und Strafverfolgung ausgerichtet und nicht auf die ideologische Einteilung der Bürger*innen durch nachrichtendienstliche Tätigkeit. Zudem steht sie bei nicht unwesentlichen Eingriffen in die Grundrechte von Betroffenen unter Richtervorbehalt.

¹ <http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder>

1 Dies soll das Ziel unserer Bemühungen sein. Bis es soweit ist, sind zumindest folgende Schritte zu
2 verwirklichen, um den Verfassungsschutz wieder rechtsstaatlich zu machen:

3 **ABSCHAFUNG DER VERDACHTSBERICHTERSTATTUNG IN DEN** 4 **VERFASSUNGSSCHUTZBERICHTEN**

5 Bisher ist es gängige Praxis in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern auch Partei-
6 en und Organisationen zu erwähnen, gegen die lediglich der Verdacht der Verfassungswidrigkeit
7 besteht. Für Leserinnen und Leser ist oft nur schwer ersichtlich, dass es sich nur um einen bloßen
8 Verdacht handelt; in den Medien findet eine Differenzierung in der Regel gar nicht statt. Diese
9 Stigmatisierung stellt eine schwere faktische Sanktion dar, da die Erwähnung im Bericht mit dem
10 Aufruf gleichzusetzen ist, die erwähnte Partei oder Organisation zu meiden. Insbesondere eine zu
11 Unrecht erfolgte Erwähnung schränkt das Recht auf Mitwirkung an politischer Willensbildung
12 stark ein, zumal politische und gesellschaftliche Isolierung quasi erwartet wird und gerade auf
13 der Ebene der Bündnisarbeit nicht selten erfolgt. Der Verfassungsschutzbericht kommt hiermit
14 nicht seiner Aufgabe als Verfassungsschutz durch Aufklärung nach sondern verkommt zu einem
15 modernen Pranger. Diese Praxis ist nicht länger hinzunehmen. Wir fordern daher ein Verbot der
16 Verdachtsberichterstattung.

17 **KONTROLLE ERMÖGLICHEN**

18 Bisher ist ein individueller Auskunftsanspruch gegen den Verfassungsschutz nur zulässig, wenn ein
19 Hinweis auf einen konkreten Sachverhalt und ein besonderes Interesse an der Auskunft gegeben
20 sind und keine Geheimhaltungsgründe entgegenstehen. Faktisch ist es somit unmöglich zu erfahren,
21 ob man zum jetzigen Zeitpunkt beobachtet wird und aus welchen Gründen. Auch die Feststellung
22 der Rechtswidrigkeit der Beobachtung kann nur äußerst selten und wenn überhaupt im Nachhinein
23 festgestellt werden. Der oder die Beobachtete hat somit keinerlei Möglichkeit sich den Vorwürfen
24 zu stellen oder sich gar zu wehren, gegen Maßnahmen, die ohne richterlichen Beschluss gegen ihn
25 ergangen sind. Er wird somit schlechter gestellt als jemand, gegen den wegen einer Straftat ermittelt
26 wird.

27 Dies ist nicht tragbar und widerspricht unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit. Daher ist
28 zu-nächst für Maßnahmen wie Bild- und Tonaufzeichnungen, Online-Durchsuchungen, Brief-
29 ,Post- und Telefonüberwachung und den Einsatz geheimer MitarbeiterInnen sowie ähnlich tief
30 eingreifender Maßnahmen die Genehmigung eines Richters einzuholen.

31 Desweiteren ist der oder die Beobachtete unverzüglich über die Maßnahmen zu informieren, sobald
32 die Beobachtung beendet ist und keine Gefahr für die FDGO besteht. Will die beobachtete Person
33 die Rechtswidrigkeit der Maßnahme feststellen lassen, ist ihr und ihrem Rechtsbeistand sowie dem
34 Ge-richt umfassende Akteneinsicht zu gewähren. Auch dürfen Geheimhaltungsinteressen nicht
35 prinzipiell Vorrang gegenüber dem Strafverfahren haben, dürfen vor allem ein faires und gerechtes
36 Verfahren nicht unmöglich machen.

37 **EINSTELLUNG DER GÄNGIGEN V-LEUTE-PRAxis**

38 Nach Angaben des Verfassungsschutzes erhält der Nachrichtendienst nur einen geringen Anteil
39 ihrer Informationen von geheimen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Hierzu zählen auch die
40 sogenannten V-Leute.

41 Nicht nur die Geschehnisse rund um die Zwickauer Zelle haben gezeigt, dass diese Art der gehei-
42 men Mitarbeiter rechtsstaatlich nicht länger tragbar ist und nie tragbar war.

43 Wenn V-Leute Bomben liefern und zu Straftaten anstiften, wenn mit dem vom Verfassungsschutz
44 gezahlten Geld rechtsextremistische Gruppen unterstützt werden, wenn ein V-Mann ermordet wird
45 und ein ordnungsgemäßer Strafprozess nicht möglich ist, da der Verfassungsschutz Aussagegeneh-
46 migungen verweigert, Anwälte beobachten lässt und Tatwaffen verschwinden lässt und wenn ein
47 Verbot der NPD an den V-Leuten gescheitert ist, sollte offenkundig sein, dass diese Methode nicht
48 länger geduldet werden kann.

Den bisherigen V-Leuten ist daher kein absolutes Zeugnisverweigerungsrecht zuzugestehen, insofern sie als Zeuge während eines Strafverfahrens vernommen werden. Der Verfassungsschutz darf eine Aussagegenehmigung nur in Fällen verweigern, in denen die FDGO oder der Bestand von Bund und Ländern gefährdet sind. Wird eine Genehmigung nicht erteilt, ist dies zu begründen. Der Einsatz von V-Personen muss daher gesetzlich geregelt und streng rechtsstaatlich reglementiert sein. Als V-Leute werden in der Regel diejenigen Personen ausgewählt, die bereit sind ihr engeres so-ziales Umfeld für die Zahlung nicht geringer Geldmittel zu verraten, erwartet aber im gleichen Maße von diesen die Wahrheit zu erfahren. Die Vorstellung verlässliche Informationen aus derlei Quellen zu erhalten, ist als utopisch zu bezeichnen. Der Einsatz von V-Personen ist daher langfristig kritisch zu überprüfen und abzustellen.

UMFASSENDE AUFARBEITUNG DER GESCHICHTE DES AMTES

Die Geschichte des Verfassungsschutzes von Bund und Ländern macht mitunter fassungslos. Trotz zahlreicher Affären und Pannen, die bereits mit der Entführung des ersten Präsidenten des Bundesamtes Otto John begonnen haben, hat bisher keine umfassende kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte stattgefunden. Das Bundesamt sowie die Landesämter sollen daher einer umfassenden Nachforschung unterzogen werden, in der sowohl die Rekrutierung von ehemaligen SS- und SD-Angehörigen bis hin in die 70er Jahre als auch die restliche Geschichte der Behörden untersucht und aufgearbeitet werden. Dies ist für eine Neuordnung und zum Verständnis der bisher gemachten Fehler unabdingbar. Die Ergebnisse sind außerdem der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um die Aufklärung zu gewährleisten.

ZIEL: AUFLÖSUNG

All dies können jedoch nur Teilschritte sein. Der Verfassungsschutz hat in seiner Geschichte selbst bewiesen, dass er nicht in der Lage ist die freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen und stattdessen mehr und mehr die Frage unterstrichen, wer denn nun die Verfassung vor dem Verfassungsschutz schützt. Ziel kann es daher nur sein, den Verfassungsschutz langfristig abzuschaffen, damit auch ein personeller Neuanfang gewährleistet sein kann.

1 HOHE STANDARDS IN DER 2 AUSBILDUNG UND EINE 3 KENNZEICHNUNGSPFLICHT 4 FÜR KOMMUNALE 5 ORDNUNGSDIENSTE

6 Die hauptsächliche Aufgabe der Kommunalen Ordnungsdienste (KOD) in Nordrhein-Westfalen
7 ist, nach dem §1 OBG, die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung.
8 Diese Gefahrenabwehr, die ehemals eine Aufgabe der Polizei darstellte, wurde im Zuge der „Entpo-
9 lizeilichung“ nach dem Zweiten Weltkrieg den allgemeinen Verwaltungen übertragen. Die Gefah-
10 renabwehr beginnt bei Verunreinigungen der Städte und geht über Ruhestörung und Belästigun-
11 gen der Allgemeinheit bis hin zu Sicherheitsproblemen mit Straßenkriminalität wie z.B. offener
12 Drogenszenen. Auf Grund des Trennungssystems von Polizei und Ordnungsbehörden in NRW, das
13 übrigens eine der striktesten in der BRD ist, gibt es zwei Ermächtigungsgrundlagen (PolG NRW
14 und OBG NRW), die sich jedoch nur geringfügig unterscheiden. So ist, nach beiden Ermächti-
15 gungsgrundlagen, die Hauptaufgabe, der beiden Behörden, jeweils die oben genannte Gefahrenab-
16 wehr. Weiterhin sind die KOD berechtigt die rechtmäßigen Maßnahmen innerhalb ihres Aufga-
17 benbereiches, genau wie die Polizei, mit Zwang d.h. mit Gewalt gegen Personen durchzusetzen.
18 Hier kommen die weitreichenden Befugnisse der KOD durch die Verbindung des PolG NRW und
19 OBG NRW zur Anwendung.

20 Aufgrund des stetigen Stellenabbaus bzw. der Verlagerung in den Innendienst der Polizei in NRW,
21 steigen der Zuständigkeitsbereich und die Befugnisse der KOD zwangsläufig. Jedoch sind die
22 Ordnungsbehörden verpflichtet einen Großteil dieser Aufgabenbereiche mit eigenem Personal zu
23 meistern. Dieses Personal ist trotz neuer Ausbildungsmethoden nicht ausreichend genug geschult,
24 um die, ihr übertragenen, Aufgaben optimal zu lösen. Weiterhin mangelt es an Erfahrung, Wissen
25 und Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit der Bewaffnung. So ist der KOD schon heute
26 meist mit Pfefferspray, Schlagstöcken und Handschellen, teilweise sogar mit Elektroschockpisto-
27 len, bewaffnet. Um hier einen verantwortungsbewussten Umgang sicherstellen zu können ist eine
28 umfangreichere Schulung und positive Entwicklung der Aufgabenwahrnehmung Pflicht!

29 Es findet aktuell eine Umgestaltung der deutschen Polizeien statt. Die, in den 1970er Jahren,
30 angestrebte Vereinheitlichung des Polizeirechts kehrt sich um und führt, auch durch die KOD, zu
31 einer erneuten Kommunalisierung der Polizei. Dadurch fällt bereits jetzt teilweise die Ermittlung
32 von Ordnungswidrigkeiten in den Arbeitsbereich einiger Ordnungsbehörden. Die dadurch emsig
33 steigende Verantwortung und das fehlende Bewusstsein dieser Gegenüber darf man nicht tatenlos
34 hinnehmen. Um einen ordentlichen Umgang mit den fortgeschrittenen Kompetenzen zu gewähr-
35 leisten, muss ein hoher Standard in der Ausbildung und im Umgang mit benutzten Mitteln, wie
36 auch Waffen, geschaffen werden. Langfristig gesehen sollte die Kompetenzübertragung von der
37 Polizei zum KOD nicht nur eingeschränkt sondern wieder rückläufig werden. Hierzu zählt vor
38 allem die Benutzung von Waffen. Diese Kompetenz sollte ausschließlich von der Polizei getragen
39 werden. Zu dem ist eine auf Grund der nicht von der Hand zu weisenden Parallelen der Ermäch-
40 tigungsgrundlagen und der engen Zusammenarbeit und Aufgabenteilung zwischen Polizei und
41 Ordnungsbehörde eine Einführung der individuellen, anonymisierten Kennzeichnung des Perso-
42 nals der KOD, selbstredend, eine Pflicht. Gleichzeitig muss den Ordnungsbeamten ein psychologi-
43 scher Dienst, wie er bereits in der Polizei existiert, zur Seite gestellt werden, um Erlebnisse aus dem
44 Einsatz verarbeiten zu können, aber auch um eigenes Einsatzverhalten zu reflektieren.

UMSTRUKTURIERUNG DES STRAFVOLLZUGS

1

2

Die Juso Landeskonferenz möge beschließen, dass die NRW Jusos sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass kommunale Jugendpartizipationsprojekte, wie beispielsweise Kinder- und Jugendparlamente, Jugendstadträte oder Jugendforen, in Kooperation mit den Schulen und entsprechenden Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen bzw. des Bundes, finanziell unterstützt werden. Dabei soll auch dafür gesorgt werden, dass durch die finanzielle Unterstützung dieser Projekte nicht nur der Ablauf und die Organisation finanziert werden. Genauso wichtig ist es, dass die Partizipationsgremien über eigene Budgets verfügen und aus diesen Budgets selbst Projekte realisieren können. Dringend notwendig ist eine Evaluation bereits bestehender Projekte. Partizipationsprojekte, die kaum Anklang finden, könnten Verdrossenheit noch befördern. Außerdem muss sichergestellt werden, dass diese Gremien tatsächlich durch alle Jugendlichen genutzt werden können und nicht bloß als verlängerter Arm von Verbänden genutzt werden, die ohnehin durch die Jugendhilfeplanung Einflussmöglichkeiten haben.

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

1 GEBT DAS HANF FREI!

- 2 Die NRW-Jusos setzen sich dafür ein, den Verkauf und Besitz von Cannabis in regulierter Form
3 freizugeben. Jeder Einwohner, jede Einwohnerin der BRD soll nach Vollendung des 18. Lebensjah-
4 res Cannabisprodukte in privatwirtschaftlich geführten, aber staatlich beaufsichtigten Ausgabestel-
5 len erwerben können. Dazu müssen Warenbestand, Produktion, Erwerb und Verkauf streng und für
6 Behörden jederzeit einsehbar dokumentiert werden.
- 7 Drogendealern wird so eine bedeutende Einnahmequelle entzogen und der niederschwellige Zugang
8 zu Konsumenten erschwert. Mit den eingesparten Geldern aus der Strafverfolgung und den dazu
9 kommenden Steuereinnahmen soll eine lückenlose Kontrolle der Ausgabestellen, insbesondere mit
10 Blick auf den Jugendschutz, gewährleistet und eine sozialpsychologische Beratungsstelle vor Ort
11 eingerichtet werden.
- 12 Die maximale Abgabemenge ist auf fünf Gramm zu begrenzen. Der Betreiber der Ausgabe-
13 stelle ist für die Reinheit seiner Produkte verantwortlich. Zusätze sind in keinem Fall erlaubt und führen
14 zu einem Verlust der Lizenz. Der private Anbau von Cannabispflanzen soll nur zu medizinischen
15 Zwecken gestattet werden und bedarf eines ärztlichen Attests.
- 16 Der Besitz von bis zu 40 Gramm Cannabis soll straffrei sein.
- 17 Frei werdende Kapazitäten bei Zoll und Polizei können für die Bekämpfung der Einfuhr harter
18 Drogen eingesetzt werden.
- 19 Das Führen eines Fahrzeugs unter dem Einfluss der psychoaktiven Wirkstoffe von Cannabis soll
20 gänzlich verboten bleiben. Die Feststellungsgrenze soll bei 1,0 ng/ml beibehalten werden. Auf das
21 Abbauprodukt THC-COOH soll zukünftig nicht mehr getestet werden. Bei Zuwiderhandlung
22 droht der Entzug des Führerscheins bis zur Absolvierung einer MPU.

LANDESWEITEN PARTYPASS EINFÜHREN

1
2

Wir fordern die landesweite Einführung des Partypasses in NRW. Dieser soll von allen Discotheken
als Ausweisersatz für Minderjährige akzeptiert werden. Der Partypass muss an offiziellen Stellen
gegen Vorlage eines gültigen Ausweisdokumentes ausgegeben werden und beinhaltet neben einem
aktuellen Ausweisbild, Name, Vorname und Geburtsdatum, sowie Unterschrift des Ausweisträgers.

3
4
5
6

NACHHALTIGE WIRTSCHAFT UND DASEINSVORSORGE

N 1	Das Morgen schon Heute bewahren!.....	47
N 3	Denkanstöße für eine moderne Mobilität in Nordrhein-Westfalen	51
N 6	Ein Ende des Plastikwahns.....	53
N 8	Wieviel darf Gesundheit kosten?	54
N 9	Kein Kind zurücklassen! Reform der Waisen- und Halbwaisenrente	55

DAS MORGEN SCHON HEUTE BEWAHREN!

Der erste Bundeshaushalt der Großen Koalition zeigt deutlich, dass die Interessen junger Menschen und zukünftiger Generationen nie so stark durch finanzpolitische Entscheidungen betroffen waren wie heute. Investitionen in Bildung, Infrastruktur und eine gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben werden dem Interesse der Bundesregierung an einer „schwarzen Null“ - als angeblich historisches Ereignis - untergeordnet.

Politik in Zeiten hoch verschuldeter Staatshaushalte und scheinbar wenig Möglichkeiten zur Einflussnahme auf Ausgabepositionen kann sich nicht einfach am ökonomisch Sinnvollen oder programmatisch Gewünschten orientieren. Politik muss nach dem politisch Machbaren schauen. Das ist verstanden. Betrachten wir aber die zukünftigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen in NRW, so wird schnell klar, dass die Politik in Zukunft mehr denn je vor großen Aufgaben stehen wird. Wir Jusos in Nordrhein-Westfalen treten mit den Erfahrungen aus dem Schwerpunkt Generationengerechte Daseinsvorsorge dafür an, die Interessen unserer und zukünftiger Generationen in der Landespolitik einzubringen und durchzusetzen.

DASEINSVORSORGE - UNSER VERSTÄNDNIS

Wenn über Daseinsvorsorge gesprochen wird, ist es meistens nur ein Ausschnitt über den diskutiert wird. Oft sind es die alltäglichen und gewohnten Dinge, die viele mit Daseinsvorsorge verbinden, wie etwa die Versorgung mit Trinkwasser oder Strom. Selten wird über Kindergärten, Bibliotheken, den öffentlichen Nahverkehr oder Beratungsstellen diskutiert. Manchmal rückt die kulturelle Daseinsvorsorge in den Vordergrund, eher aber in Debatten über die Schließung von Theatern oder Museen. Dies sind Bausteine, die exemplarisch für uns NRW Jusos den Begriff der Daseinsvorsorge beschreiben. Der Kerngedanke dahinter ist, dass alle notwendigen öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen für eine Versorgung mit grundlegenden Gütern und Leistungen, für eine Teilhabe aller Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung vorhanden sind und allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Die Beantwortung der Frage, welche Güter und Dienstleistungen konkret vom Staat bereitgestellt werden müssen, ist durchaus umstritten und unterliegt – wie damit auch die Definition des Begriffes „Daseinsvorsorge“ selbst – dem gesellschaftlichen Wandel. Im Zuge der Privatisierungswelle der neoliberal geprägten vergangenen Jahrzehnte, gehörten als Bestandteil der Daseinsvorsorge immer mehr auch private Güter, die - zumindest prima facie - ohne weiteres über den Markt bereitgestellt werden konnten, zum Gegenstand der Daseinsvorsorge. Auch heute noch gibt es viele Bereiche der Daseinsvorsorge, in denen der Staat diese Güter und Dienstleistungen nicht selbst produziert oder anbietet, sondern dafür sorgt, dass sie verbilligt oder gar kostenlos abgegeben werden und der Staat die Differenz zwischen Kosten und Erlös durch Steuermittel finanziert. Die NRW Jusos lehnen ein solches Verständnis der Daseinsvorsorge ab und nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass viele Städte und Gemeinden immer häufiger Güter und Dienstleistung im Bereich der Daseinsvorsorge rekommunalisieren. Nicht zuletzt die Erfahrungen in Berlin mit der Privatisierung der Winter- und Räumdienste waren mahnende Beispiele des Scheiterns von Privatisierungsvorhaben.

Daseinsvorsorge umfasst nach unserem Verständnis aber nicht nur eine politisch definierte Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen, die für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen, sondern umschreibt auch die staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Dienstleistungen als Grundversorgung. In diesem Verständnis beschreibt letztlich auch das Grundgesetz das Ziel der Gleichheit der Lebensverhältnisse in unserem Land.

Als wesentliche Inhalte der Daseinsvorsorge gelten neben den „klassischen“ Bereichen für uns unter anderem auch die Versorgung mit

- 1 » Internet und Telekommunikationsdienstleistungen,
- 2 » Informationen durch unabhängige Medien,
- 3 » Mobilität und Erreichbarkeit,
- 4 » nahen Pflege-, Kranken- und Rettungsdiensten,
- 5 » Familien-, Jugend-, Sozial und Suchtberatung,
- 6 » Polizei-, Justiz-, Feuer- und Katastrophenschutz,
- 7 » sozialer Wohnungsbau,
- 8 » behinderten- und altengereichte Wohnheime,
- 9 » Frauenhäuser, Jugendheime und betreutes Wohnen,
- 10 » Asyl-, Studenten- und Auszubildendenwohnheime,
- 11 » Bildungseinrichtungen im Ganztage für alle Altersstufen und
- 12 » Kultur-, Sport, Erinnerungs- und Gedenkstätten.

13 Im 21. Jahrhundert muss Daseinsvorsorge bedeuten, für die künftigen Generationen lebenswerte
14 Bedingungen in den Kommunen zu gestalten und zu erhalten. Nachhaltigkeit muss zum entschei-
15 denden Kriterium für die Gestaltung der Daseinsvorsorge von Morgen werden. Die Sparpolitik der
16 heutigen Zeit darf letztlich nicht dazu führen, dass die Generation von heute von der Substanz und
17 dem Abbau der Infrastruktur zehrt und nachfolgende Generationen für Infrastruktur und Investi-
18 tionen der Vergangenheit, auf die sie später keinen Zugriff mehr haben, dennoch die Zinsdienste
19 leisten müssen – zwar schuldenfrei jedoch ohne diese Infrastruktur sind.

20 **SCHULDENBREMSE, WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND** 21 **VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT**

22 Wer kann schon abschätzen, ob eine Sparpolitik, wie die der Schuldenbremse, und der symbolische
23 Haushaltsausgleich wirklich sinnvoll ist, wenn letztlich der öffentliche Haushalt kein Wert mehr an
24 sich ist, sondern nur eine politische Größe, durch die Regierungen zum Zielpunkt eigener Politik
25 stilisiert? Mit der Preisgabe einer eigenständigen Positionierung verzichtete die politische Elite auf
26 ein notwendiges Alleinstellungsmerkmal und flüchtet sich hinter große Begriffe, wie Generationen-
27 vertrag, Generationengerechtigkeit und Ähnlichem. Eine derartige Politikkonzeption läuft Gefahr,
28 lediglich als Symbol der Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit wahrgenommen zu werden, wo
29 konkret bestehende Handlungsspielräume nicht genutzt werden. Diese bestehen aber und müssen
30 genutzt werden. Die NRW Jusos fordern weiterhin die stärkere Besteuerung hoher Vermögen und
31 Einkommen zur Herstellung eines gerechten Lastenausgleichs.

32 In der Wachstumskrise der europäischen Staaten entbrennt nach der Bankenkrise nun eine lebhafte
33 Debatte über die Frage, wie Wachstum konkret gestaltet werden kann. Vertreten die einen noch,
34 dass die Krisenstaaten durch Reformen mit harten Einschnitten in soziale Sicherungssysteme und
35 staatliche Leistungen die Grundlagen für Wachstum schaffen müssen, fordern immer mehr Exper-
36 ten die Abkehr von Stabilitätsvorgaben und dem Fiskalpakt, um durch dann mögliche Investitionen
37 Wachstum zu generieren. Für uns NRW Jusos steht somit fest, dass das Märchen der bösen Staats-
38 schulden nur noch ein solches ist. Letztlich gibt es gute Gründe für staatliche Verschuldung, wie
39 etwa die Konjunkturstabilisierung - in Deutschland beispielsweise mit den Konjunkturpaketen I
40 und II - oder die Überbrückung wirtschaftlicher Krisenzeiten. Staatliche Investitionen schaffen eine
41 gesamtwirtschaftliche Dynamik. Staatsschulden sind ökonomisch betrachtet somit weder gut noch
42 schlecht. Entscheidend ist, was mit den staatlichen Geldern finanziert wird. Nicht die wachsende
43 Verschuldung des Staates ist letztlich ausschlaggebend, sondern das Verhältnis von Schulden zum
44 Wirtschaftswachstum.

45 Eine weitere zentrale Kernfrage war es, wie wir in unserem Land mit der strukturellen Veränderung
46 in unserem Wirtschaftssystem umgehen wollen. Eine funktionierende Wirtschaft ist die Vorausset-
47 zung für einen funktionierenden Staat. Ein Leben gelingt nur dann, wenn alle notwendigen Güter
48 vorhanden sind und der Mensch in angemessenem Wohlstand lebt. Für uns hat Wirtschaft deshalb
49 eine dienende Funktion: Sie dient dem Staat im Haushalt. Sie dient der Gemeinschaft zur Güter-
50 verteilung und sie dient den Menschen als Weg in den Wohlstand. Zentrale Voraussetzung ist für
51 uns die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand. Wir möchten mit einer
52 nachhaltigen Wirtschaftspolitik unseren Zielen der Verteilungsgerechtigkeit, Vollbeschäftigung und
53 guter Arbeitsbedingungen für alle Menschen näher kommen. Dabei setzen wir auf eine moderne
54 Kombination aus Dienstleistungs-, Industrie- und Landwirtschaftspolitik.

55 Als Teil unserer Gesellschaft ist die Wirtschaft aber auch deren Werten verpflichtet. Aus diesem
56 Grund betonen wir, dass nur eine soziale Form der Marktwirtschaft die größtmögliche Teilhabe des

Einzelnen am gesamtwirtschaftlichen Wohlstand sichert. Wir sehen hier den Staat in der Pflicht. Er muss Grenzen ziehen und durch Ordnungspolitik ein Wirtschaftsleben gestalten, das von den sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bestimmt wird. Insbesondere die Verantwortung und Verpflichtung der Unternehmen für und auf das Allgemeinwohl muss Gegenstand eines kritischen Dialogs zur Unternehmensbesteuerung werden. Steuersparmodelle durch Auslandsbeteiligungen von (Groß)Konzernen – ja sogar dem VW-Konzern – dürfen nicht zum Sargnagel der Gewerbesteuererinnahmen von Städten und Gemeinden werden. Wir fordern die NRWSPD auf, hier für eine europäische Initiative zur europaweit einheitlichen Unternehmensbesteuerung zu Gunsten der Kommunen zu sorgen.

DASEINSVORSORGE KONKRET – STADTENTWICKLUNG UND LANDESENTWICKLUNGSPLAN

Eine der Kernfragen wird in den kommenden Jahren die Art und die Zielgerichtetheit von Investitionen sein. Die heterogene Ausgestaltung der demografischen Entwicklung bedarf in NRW einer Neujustierung der Investitionspolitik, insbesondere im Hinblick auf die soziale Infrastruktur und die Stadtentwicklung. Festzuhalten ist, dass die Innenstadtlagen in den Städten und Gemeinden in der Vergangenheit immer stärker unter Druck geraten sind. Durch Wegzug von Einwohnerinnen und Einwohnern verursachte Kaufkraft-, Steuer- und Zuweisungsverluste haben vereinzelt zu massiven Wohnungsleerständen und flächendeckend zu einem „trading down“ des Einzelhandels in den Innenstadtlagen geführt. Zur Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum müssen Genossenschaftsmodelle besonders gefördert werden.

Wir begrüßen daher das Ziel des Landesentwicklungsplanes die Innenstädte durch die Festlegung als „zentrale Orte“ zum Orientierungsrahmen einer nachhaltigen Entwicklung zu machen. Die Jusos in Nordrhein-Westfalen fordern begleitend die Einführung und Festlegung verbindlicher und einheitlicher gesamtstadtbezogener Dichtewerte für Siedlungsbereiche und die Flächennutzungsplanungen in den Städten und Gemeinden.

DASEINSVORSORGE KONKRET – ENERGIEGEWINNUNG UND -FÖRDERUNG

Der Investitionsbegriff spielt für uns NRW Jusos eine zentrale Rolle. Dabei können wir auf wesentliche Positionierungen zur Investition in der Energiegewinnung und der Förderung von nachhaltigen Technologien aus den vergangenen Jahren aufbauen. In der Arbeit des Schwerpunktes ist deutlich geworden, dass dennoch in wichtigen Bereichen der Energiewirtschaft nachgesteuert werden muss, soll nicht schlussendlich der börsennotierte Strompreis zum Grab der kommunalen Unternehmen und Stadtwerke werden.

Erneuerbaren Energien muss beim Umbau der Strommärkte weiterhin Vorrang eingeräumt werden. Nicht immer stoßen geplante Investitionen und Bauvorhaben auf ungeteilte Zustimmung in der Bevölkerung des Umlandes. Wir NRW Jusos fordern daher die Änderung des Baugesetzbuches dahingehend, Repowering und Maßnahmen der energetischen Ertüchtigung von Anlagen und Gebäuden von den strengen Vorgaben für Neubauvorhaben auszunehmen. So werden gewohnte und ausverhandelte Kompromisse erhalten, ohne den notwendigen Ausbau durch umfangreiche Beteiligungsmaßnahmen und bürokratische Hürden zu bremsen. Zudem fordern wir die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen in Flächen des ehemaligen Braunkohletagebaus. Beeinträchtigungen durch Emissionen bleiben in diesen Gebieten schließlich ohne Auswirkungen. Ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Förderung schadstoffärmerer und ressourceneffizienterer Stromproduktion sollte der Handel mit CO₂-Zertifikaten sein. Fakt ist aber, dass der Zertifikatehandel wenig effektiv ist, da schlicht zu viele Zertifikate im Umlauf sind. Um die Investitionen von Energieversorgungsunternehmen in schadstoffarme und ressourceneffiziente Produktionsmethoden zu honorieren und der Absurdität Einhalt zu gebieten, dass derzeit einzig uralte Braunkohlekraftwerke gewinnbringend Strom erzeugen, fordern wir eine Aussetzung der Emission neuer Zertifikate durch die EU für 3 Jahre, um die Sättigung des Marktes mit billigen und wirkungslosen Zertifikaten zu senken.

1 STÄRKUNGSPAKT STADTFINANZEN 2.0

Wir NRW Jusos stellen uns der Debatte um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Wir NRW Jusos sind weiterhin der Auffassung, dass die Schuldenbremse dafür nicht das richtige Instrument ist. Konkret muss sich die Debatte um die Ausgestaltung über Mehreinnahmen oder Einsparungen im Sinne des präventiven Sozialstaats, nachhaltiger Bildungsinvestitionen und einer auskömmlichen Finanzierung der Kommunen drehen. Den Solidaritätszuschlag in die Gemeinschaftssteuern zu integrieren hätte zur Folge, die Kommunen an den Einnahmen des Bundes über die Beteiligung an der Einkommenssteuer mit zusätzlichen Finanzmitteln auszustatten. Damit ist letztlich aber noch nicht gewährleistet, dass bis zum Jahr 2019, die stark vom Strukturwandel und Finanznöten betroffenen Kommunen weitere Hilfestellungen erhalten. Die Übernahme der kommunalen Altschulden in einem Altschuldenfond des Bundes bleibt für uns weiterhin eine zentrale Forderung. Die Solidarität der kommunalen Familie muss letztlich soweit gehen, dass die Städte und Gemeinden nach Bedürftigkeit gefördert werden und nicht ausgehend von ihrer geographischen Lage im Bundesgebiet.

Eine freie und gerechte Wirtschaft ist der Gemeinschaft verpflichtet. Damit aber jeder von der Wirtschaft profitiert, darf ökonomischer Erfolg kein Selbstzweck sein. Nicht die Bereicherung Einzelner, sondern die Befähigung Aller zu einem nachhaltigen Wohlstand auch der kommenden Generationen ist für uns Sinn und Zweck allen wirtschaftlichen Handelns.

In unseren Augen ist dies ein Ausdruck ökonomischer Solidarität: Ein nachhaltiges Wirtschaften, das auch ökologische und soziale Langzeitfolgen gemeinschaftsorientiert kalkuliert. So müssen die Kommunen auch in die Lage versetzt werden, nachhaltige wirtschaftliche und fiskalische Erfolge in die Konsolidierungsbemühungen einrechnen zu dürfen. Wir NRW Jusos fordern dazu die Anpassung der landesgesetzlichen Vorgaben.

Zur Gewährleistung einer flächendeckenden Daseinsvorsorge müssen die Kommunen dazu in die Lage versetzt werden. Keine Partei stand als kommunale Partei mehr an der Seite der Kommunen als die NRWSPD. An diese Tradition und dieses Verständnis erinnern wir und erneuern unsere Forderung einer funktions- und aufgabengerechten Finanzausstattung der Städte und Gemeinden. Das Konnexitätsprinzip ist in aller Konsequenz herzustellen und anzuwenden. Am Beispiel der für uns unverzichtbaren Schulsozialarbeit zeigt sich, wie elementar eine Abstimmung zwischen Land und Kommunen in dieser Frage ist.

Die Städte müssen auch künftig in die Lage versetzt werden, in wichtige Stadtentwicklungs- und Stadtregionsprojekte investieren zu können. „Stärken stärken“ heißt für uns NRW Jusos primär „Städte stärken“ und „Vorrang für die Städte“ bedeutet, dass vor allem die Infrastrukturpolitik auf eine Stärkung der Städte auszurichten ist. In unserem Verständnis des Begriffs Daseinsvorsorge schließt der Begriff Infrastruktur Bildungsinfrastruktur, soziale und medizinische Infrastruktur, kulturelle Infrastruktur, Sport- und Freizeitinfrastruktur ausdrücklich mit ein.

DENKANSTÖSSE FÜR EINE MODERNE MOBILITÄT IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge in Nordrhein-Westfalen. Er ermöglicht tagtäglich Millionen von Menschen von A nach B zu gelangen. In den letzten 10 Jahren sind die täglichen Nutzer*innenzahlen um 10 Prozent gestiegen. Vor allem Schüler*innen, Auszubildende und Studierende nutzen den ÖPNV in ihren Regionen. Im Allgemeinen soll der ÖPNV von Morgen für alle Menschen zugänglich und attraktiv sein. Als essentieller Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge soll er deshalb flächendeckend und bedarfsregerecht mit einer attraktiven Taktung in der Stadt und auf dem Land vom Staat organisiert sein. Wir wollen für die Enquete-Kommission "Finanzierungsoptionen des Öffentlichen Personenverkehrs in Nordrhein-Westfalen im Kontext des gesellschaftlichen und technischen Wandels" einen Diskussionsprozess innerhalb der NRW Jusos initiieren und setzen folgende Punkte als erste Pflöcke in dieser Diskussion:

AUSBAU DES ÖPNV-NETZES

Es hat sich ein immenser Investitionsstau angehäuft, der sich laut Verkehrsverbund Rhein-Ruhr auf 2,8 Milliarden im VRR Gebiet beläuft. Sei es beim Ausbau der Netze oder bei den Wagen von Straßenbahnen, welche durch ihre Stufen einen barrierefreien Ein- und Ausstieg verhindern. Diesen Investitionsstau können das Land und die Kommunen nicht selber lösen. Vielmehr sind sie darauf angewiesen, dass der Bund Gelder für die Erneuerung und den Ausbau von Netzen, Bahnen und Bussen bereitstellt. Damit der ÖPNV auch weiterhin attraktiv für eine Vielzahl von Menschen ist, müssen die Netze und Taktungen den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen angepasst werden. Besonders bei Fahrten nachts und über Stadtgrenzen hinweg gibt es noch erheblichen Verbesserungsbedarf, genauso wie bei dem Thema Barrierefreiheit. Ziel muss eine bessere Vernetzung zwischen den Ballungsräumen und den kleineren Städten sowie den ländlichen Raum sein. Dabei müssen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen berücksichtigt werden, da die Anforderungen an den ÖPNV je nach Nutzergruppe stark variieren. Ob für den Weg zur Arbeit, Schule und Uni oder in der Freizeit zum Einkaufen, Kinobesuch und Discobesuch, sollte dies durch ein leistungsfähiges ÖPNV-Netz ermöglicht werden. Dies würde zu einer größeren Zahl an Nutzer*innen bei Fahrten über Stadtgrenzen hinweg und nachts führen. In ländlichen Räumen empfiehlt es sich, über alternative Linienführung nachzudenken. Ringbuslinienkonzepte machen Sinn. Dadurch könnten Außenbezirke häufiger angefahren werden, auch wenn sich die Fahrtzeit ein wenig verlängern würde. Öffentlicher Personennahverkehr macht gerade dort nur Sinn, wenn Busse regelmäßig fahren.

KOSTENLOS FÜR NRW

Langfristig setzen wir uns sowohl für einen kostenlosen ÖPNV ein, der über Steuern oder Umlage gegenfinanziert werden soll, als auch dafür, dass die vielen unterschiedlichen Verkehrsverbände zu einer Landesbehörde gebündelt werden, die nach dem Prinzip des nachfrageorientierten und flächendeckenden ÖPNVs arbeitet und keine Profitmaximierung anstrebt. In einigen Städten in Europa, wie zum Beispiel Tallinn, findet das Konzept des fahrscheinlosen/kostenlosen ÖPNVs schon Anklang, so dass es sich anbietet in einem Modellbereich, wie z.B. die Metropole Ruhr oder die Städteregion Aachen, zu testen, inwiefern dieses Konzept auch in NRW umsetzbar ist.

1 TARIFSYSTEME

2 Auf kurze Sicht bedarf es einer radikalen Vereinfachung der Tarifsysteme, da diese im Moment auf
3 einige eher abschreckend wirken. Eine Lösung wäre zum Beispiel eine kilometergenaue Abrech-
4 nung in einem Check-In/Check-Out System, welches den günstigsten Tarif automatisch erfasst.
5 Deshalb wollen wir darauf hinwirken, dass die Koordination und Kooperation zwischen den einzel-
6 nen Verkehrsbetrieben verbessert wird und das Ticketsystem übergreifend funktioniert.

7 BIKE UND CAR-SHARING

8 Diese Kooperationen und Koordination soll es auch mit anderen Anbieter*innen von Dienstleistun-
9 gen rund um den Bereich Mobilität geben, wie zum Beispiel Park & Ride oder Car & Bike Sharing.
10 Der Bikesharing-Anbieter Nextbike, besser bekannt als Metropolrad, meldet im Ruhrgebiet ersten
11 Erfolge. Starkfrequentierte Stationen sind vor allem in der Nähe von Universitäten und Bahnhöfen
12 zu finden. In den kommenden Jahren sollen Räder und Stationen ausgebaut werden.
13 Politik vor Ort kann bei der Stationsfindung eine erhebliche Rolle spielen. Es muss gelingen eine
14 enge Verzahnung von Sharing-Modellen und dem ÖPNV zu generieren.

15 VERBESSERTER KOMMUNIKATION

16 Für die Steigerung der Attraktivität ist in Zukunft ein höheres Maß an aktiver Kommunikation
17 erforderlich. Ein wesentlicher Bestandteil dessen ist die Umsetzung eines Echtzeitinformations-
18 standards. Durch relativ geringen Aufwand kann für Fahrgäste eine umfangreiche Verbesserung
19 umgesetzt werden. Zum Zweck der Fahrgastinformation können Großbildschirme in U-Bahnhö-
20 fen, welche an den Tunnelwänden oder zwischen zwei Bahnsteigen angebracht werden. Aktuelle
21 Störungsinformationen und allgemeine Hinweise werden angezeigt. Alternativ kann der Kunde die
22 Echtzeitinformationen über ein mobiles Endgerät erfragen.

EIN ENDE DES PLASTIKWAHNS

Durch die übermäßige Produktion von Plastik verschmutzen die Menschen nicht nur Ozeane und Wälder. Zunehmend vergiften wir damit unseren eigenen Körper. Denn Studien zeigen, dass Kleinstmengen sich im menschlichen Körper absetzen. Dies geschieht sehr schnell durch den ständigen Kontakt mit Plastikerzeugnissen. Auch Lebensmittel und Getränke in PET-Flaschen weisen schnell eine Belastung auf. Der Mensch kann momentan diese Menge an Plastik im Organismus noch ertragen. Anders sieht es zum Beispiel bei Fischen aus, die daran zu Tausenden verenden. Sie werden vergiftet durch die verseuchte Nahrung die sie zu sich nehmen und durch das Wasser, in dem sie leben.	2 3 4 5 6 7 8 9
Das ist ein unhaltbarer Zustand dem endlich entschlossen entgegen gegangen werden muss.	10
Daher fordern wir:	11
1. Ein Verbot für Plastiktüten im Einzelhandel! Recyceltes Papier ist genau so tragfähig und biologisch abbaubar.	12 13
2. Ein Verbot von Einwegpfandflaschen! Wir müssen wieder Alternativen ins Auge fassen und diese Ressourcen besser verwenden als von der Wasserflasche zum Textil. Denn was nur wenige wissen, nachdem die Flasche z.B. beim Discounter in den Automaten geworfen wurde fängt das zweite Leben der Flasche erst an. Das Plastik wird zerkleinert und in Containern nach Asien verschifft. Dort wird es von der Kleidungsindustrie zu feinen Fäden verarbeitet, die dann für die meisten Kleidungsstücke verwendet werden.	14 15 16 17 18 19
3. Ein Verbot von doppelt und dreifach Verpackungen im Handel!	20
Außerdem fordern wir die Landesregierung auf zu prüfen, ob im Einzelhandel auf Plastik komplett verzichtet werden kann.	21 22

1 **WIEVIEL DARF GESUNDHEIT** 2 **KOSTEN?**

3 Deutschland braucht endlich eine bindende gesetzliche Regelung für die Preisgestaltung von
4 Medikamenten.

5 Vorstellbar wäre, dass man diese Kompetenz dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) gibt. Der
6 G-BA ist das oberste Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärz-
7 te, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen in Deutschland. Er bestimmt in Form
8 von Richtlinien den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für mehr als
9 70 Millionen Versicherte und legt damit fest, welche Leistungen der medizinischen Versorgung
10 von der GKV erstattet werden. Natürlich sollen jahrelange Forschung und deren Ergebnisse nicht
11 verschenkt werden. Allerdings darf man auch nicht vergessen, dass durch unser geltendes Patent-
12 recht diese neuen Medikamente auf 20 Jahre hin geschützt sind und somit für diese Zeit auch
13 nahezu konkurrenzlos auf dem Markt sind.

14 Wir wollen also auf die Frage, wieviel darf Gesundheit kosten, klar antworten:

15 Wir wollen keinen Kranken im Stich lassen. Der Preiswahnsinn der Pharmaindustrie muss
16 bekämpft werden. Und Medizin muss für die Menschen bezahlbar bleiben, denn Gesundheit ist ein
17 Menschenrecht!

N 9

KEIN KIND ZURÜCKKLASSEN! REFORM DER WAISEN- UND HALBWAISENRENTE

1

2

3

Die Waisen- und Halbweisenrenten müssen reformiert werden. Wir halten die Bundesregierung dazu an, folgende Punkte umzusetzen: 4
5

» Einen einheitlichen, existenzsichernden Satz für die Waisen- und Halbweisenrenten einführen 6

» Die Waisen- und Halbweisenrenten abschlagsfrei halten bis zu einem über dem Existenzmini- 7

num liegenden eigenständig erarbeiteten Einkommens 8

ORGANISATIONS- POLITIK

○ 1 Quotierte Doppelspitze ermöglichen.....59

O 1

QUOTIERTE DOPPELSPITZE ERMÖGLICHEN

1

2

Die NRW-Jusos werden sich auf Bundesebene dafür einsetzen, die Statuten der Partei dahingehend zu erneuern, dass Unterbezirke und Kreisverbände durch eigene Satzungen quotierte Doppelspitzen wählen dürfen.

3

4

5

TOLERANZ UND ANTIDISKRIMINIERUNG

T 1	Praxis des Racial Profiling abstellen!	63
T 4	Willkommenskultur statt Abschiebewahn	64

T 1

PRAXIS DES RACIAL PROFILING ABSTELLEN!

- Die NRW Jusos fordern:
1. Die Abschaffung des § 22 Abs. 1a des Bundespolizeigesetzes (BPolG), der verdachtsunabhängige Kontrollen erlaubt. Diese Vorschrift legitimiert polizeiliche Maßnahmen, die überwiegend auf phänotypischen Merkmalen beruhen.
 2. Die Problematik diskriminierender Polizeikontrollen, in die Aus- und Weiterbildung von PolizeibeamtInnen aufzunehmen, wie z.B. durch Anti-Rassismus-Trainings und einer Überarbeitung der Einsatzstrategien. Auf diese Weise werden PolizeibeamtInnen in Zukunft in der Lage sein, ihren hoheitlichen Aufgaben auch ohne „Racial Profiling“ nachzugehen.
 3. Melde- und Beschwerdestrukturen für BürgerInnen zu schaffen, deren Menschenrechte durch rassistische polizeiliche Eingriffe berührt werden. Dadurch wird das Fehlverhalten von PolizeibeamtInnen zukünftig lückenlos erfasst. Diese Vorkommnisse werden anschließend von einer unabhängigen und fachkompetenten Prüfinstanz analysiert und bearbeitet. Eine bundesweite Statistik soll hierzu geführt werden.

1 WILLKOMMENSKULTUR STATT 2 ABSCHIEBEWAHN

3 Kein Mensch ist illegal. Das ist unser Grundsatz und dafür wollen wir auch weiterhin kämpfen. Das
4 Recht auf Asyl und das Bleiberecht müssen immer und für alle gelten.
5 Gerade deswegen fordern wir einige bedeutende Verbesserungen der derzeitigen Gesetzgebung.
6 Dazu gehören unter Anderem folgende Aspekte:

- 7 1. Die Praxis der "sicheren Herkunftsstaaten" gehört abgeschafft. Jeder Mensch, der nach
8 Deutschland kommt, hat ein Recht darauf, dass sein Recht auf Asyl angemessen überprüft
9 wird. Veränderungen in Aufenthalts- und Asylrecht sind politisch hoch brisante Themen. Sie
10 brauchen eine angemessene öffentliche Diskussion. Ein hastiges Durchwinken durch den
11 Bundestag - wie es bei der Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien und Herzego-
12 wina als sichere Herkunftsstaaten der Fall war - ist ein politisch inakzeptables Verhalten, auch
13 der SPD-Bundestagsfraktion.
- 14 2. Menschen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind, brauchen mit Blick auf die
15 Gefährdungen im Herkunftsland dauerhaftes Bleiberecht, unabhängig von der Bereitschaft
16 vor Gericht auszusagen.
- 17 3. Das Konzept der Internationalen Förderklassen gehört NRW-weit eingeführt. Des Weiteren
18 soll das Land sich stärker als bisher an den entstehenden Kosten und der personellen
19 Versorgung beteiligen, damit alle schulpflichtigen Flüchtlinge einen Schulplatz in einer inter-
20 nationalen Förderklasse erhalten und somit eine Chance auf einen Schulabschluss und eine
21 Ausbildung oder ein Studium bekommen.
- 22 4. Des Weiteren muss umgehend ein Abschiebeverbot für Schüler*innen und Auszubildende
23 eingeführt werden, das auch für volljährige Schüler*innen und Auszubildende gilt.
- 24 5. Die NRW Jusos setzen sich dafür ein, dass der Paragraph 25a des AufenthG, der sich mit der
25 sogenannten Altfallregelung für Jugendliche befasst, insoweit verbessert wird, als dass mehr
26 Jugendlichen die Chance ermöglicht wird, von dieser Regelung Gebrauch zu machen.
27 » Daher setzen wir uns für folgende Verbesserungen konkret ein:
28 » die Altersfrist, die sich mit der Ankunft in Deutschland beschäftigt, gehört abgeschafft
29 » die Mindestaufenthaltsdauer in der BRD wird von 6 auf 4 Jahre hinuntergesetzt
30 » die Altersfristen für Einreichung des Antrags werden abgeschafft
31 » Eltern und Familienangehörige sollten nicht aufgrund von Straftaten, die im Zusammen-
32 hang mit dem Bemühen, in Deutschland bleiben zu können, stehen, solchen, die nur von
33 Ausländern nach dem AufenthG oder den AsylVfG begangen werden können oder solchen,
34 die einzeln mit nicht mehr als 60 Tagessätzen geahndet wurden, vom Erhalt der Aufent-
35 haltserlaubnis ausgeschlossen werden
36 » Die Bedingung des Eltern und Familienmitglieder, die ebenfalls die Aufenthaltserlaubnis
37 beantragen, sollten nicht daran gebunden sein, dass sie bereits zum Zeitpunkt der Erteilung
38 der Aufenthaltserlaubnis vollständig eine zum Lebensunterhalt der Familie ausreichende
39 Erwerbstätigkeit nachweisen können. Zusätzlich sind besondere familiäre Umstände zu
40 berücksichtigen.
41 » Die NRW Jusos setzen sich dafür ein, dass der Paragraph 104a des AufenthG entfristet
42 wird.
- 43 6. Weiterhin gilt es den Paragraphen dahingehend zu überarbeiten, dass erwerbsunfähige
44 Personen von ihm Gebrauch machen können. Ebenso sieht 104a bisher vor, dass kein*e
45 Ausländer*in eine Aufenthaltserlaubnis erhalten darf, wenn in der Vergangenheit in der BRD
46 eine Straftat oder ausländerrechtliche Straftat begangen wurde. Dies gilt es auf bestimmte
47 Straftaten zu beschränken bzw. präzisieren und die ausländerrechtlichen Straftaten gesamt
48 herauszustreichen.

INITIATIVANTRÄGE

INI 1	Für fairen Welthandel. Jetzt gilt es wortzuhalten!	66
INI 2	Solidarität mit Rojava und Sengal – IS Terror stoppen.....	67
INI 3	Echte Hilfe für bedrohte Menschen - Bekenntnis zur Schutzverantwortung.....	68

1 **FÜR FAIREN WELTHANDEL.** 2 **JETZT GILT ES WORTZUHALTEN!**

3 Die NRW Jusos begrüßen daher den Beschluss des SPD-Parteikonvents vom 20. September zu den
4 transatlantischen Freihandelsgesprächen. Die dort formulierten Anforderungen an internationale
5 Handelsverträge sind konsequent in der sozialdemokratischen Regierungs- und EU-Politik anzu-
wenden.

6 Die NRW Jusos fordern alle nordrhein-westfälischen Europa- und Bundestagsabgeordneten auf,
7 das CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) Abkommen abzulehnen und den
8 Ratifizierungsprozess zu stoppen mit dem Ziel, ein neues Mandat für die EU-Kommission zur
9 Verhandlung eines Abkommens zur Förderung des fairen Handels zu entwickeln.

10 Die NRW Jusos verfolgen die Verhandlungen zum Handelsabkommen zwischen EU und den USA,
11 TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und TISA (Trade in Services Agreement),
12 vor diesem Hintergrund ebenfalls sehr kritisch. Wir fordern die EU-Kommission auf, die europä-
13 ische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ gegen das Mandat zur Verhandlung des TTIP-Abkommens
14 unverzüglich zuzulassen. Außerdem sind alle Verhandlungsunterlagen für internationale Handels-
15 verträge wie das TTIP transparent zu machen, um eine demokratische Debatte in der europäischen
16 Öffentlichkeit zu ermöglichen.

SOLIDARITÄT MIT ROJAVA UND SENGAL – IS TERROR STOPPEN

Die Situation in Syrien und im Irak eskaliert seit Wochen zunehmend. Die kurdische Stadt Kobanê wird bedrängt von der Terrororganisation IS (Islamischer Staat). Die Jesid*innen im Nordirak sind einem Völkermord nur knapp entgangen. Frauen und Mädchen wurden verschleppt, versklavt und vergewaltigt.

SOLIDARITÄT MIT KOBANÊ

Nur durch den Widerstand der kurdischen Einheiten konnte der Vormarsch der IS und der Einmarsch in die Stadt bisher verhindert werden.

In der Region Rojava in Nordsyrien gibt es den Versuch einer demokratischen Selbstverwaltung mit dem Ziel eines kurdischen Nationalstaats. In der Regierung der Autonomieregion sind verschiedenste Gruppen von Menschen vertreten.

Männer und Frauen arbeiten gleichberechtigt und es gibt eine Frauenquote in der Verwaltung von 40%.

Die Form des Zusammenlebens widerspricht dem Weltbild des IS und der gesellschaftlichen Vorstellung die sie anstreben. Auch deshalb versuchen die Einheiten der IS die Kurdischen Gebiete zu erobern.

Kobane ist ein Symbol geworden für den Kampf für eine bessere Welt und gegen Terror und Unterdrückung!

Wir solidarisieren uns mit den Menschen in Kobane.

DIE INTERNATIONALE POLITIK MUSS HANDELN

Saudi Arabien und Katar unterstützen den IS offen mit Geld und Waffen. Das unehrliche Taktieren der Türkei verschärft die Lage kurdischen Verteidiger*innen in Kobane dramatisch. Sie verhindert die notwendige Versorgung der Menschen in Kobane auch mit Lebensmitteln und Medikamenten durch die Schließung der syrischen Grenze zur Türkei. Immer wieder gibt es Berichte von IS-Unterstützer*innen aus Europa die eine Einreise über die Türkei frei gestalten können.

Die Region sortiert sich neu, auf Kosten der Menschen. Die internationale Staatengemeinschaft muss sich entscheiden welche Kräfte man unterstützt. Daher fordern wir:

- » Druck auf die Türkei. Der NATO-Partner muss sein doppeltes Spiel beenden und die Grenzen für Hilfsgüter und kurdische Unterstützer*innen öffnen
- » Es gilt die Kriminalisierung organisierter Kurd*innen in Deutschland zu prüfen.
- » Bedingungslose Aufnahme und Versorgung von Flüchtenden aus Syrien und den Nordirak
- » Die UN darf nicht tatenlos zusehen, es muss politischen Druck geben und die Region darf nicht in ein undemokratisches und von Terror regiertes Gebiet verfallen. Notfalls müssen militärische Maßnahmen ergriffen werden. Diese sind jedoch die ultima ratio.

Biji Kobane – Heute sind wir alle Kobane - Der Widerstand ist überall!

1 ECHTE HILFE FÜR BEDROHTE 2 MENSCHEN - BEKENNTNIS ZUR 3 SCHUTZVERANTWORTUNG

4 Die aktuellen Krisenherde, insbesondere die Situation der Menschen in Syrien und im Irak, zeigen
5 der Welt in brutaler Härte ihre Machtlosigkeit. Das Schicksal von Millionen Vertriebe-
6 nen und der Kampf einzelner Volksgruppen gegen die Übermacht religiöser Extremisten, zu-
7 gespitzt im Kampf um die Stadt Kobanê, sind ein dominierendes Thema der medialen Be-
8 richterstattung. Eine Verbesserung der Situation muss das Ziel jeglicher politischer Bemü-
9 hungen sein; doch schon die Verhinderung einer weiteren Eskalation scheint derzeit außer Reichweite zu liegen. Die weitestge-
10 hend unkoordinierten diplomatischen und militärischen Aktionen einzelner Nationen haben nicht
11 zur erhofften Verbesserung geführt; die Luftschläge von USA, Frankreich und Australien haben den
12 Vormarsch der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) allerdings zumindest abschwächen können.
13 Aus ganz Europa ist verstärkt die Forderung nach einem konkreten, koordinierten und fokussierten
14 Engagement gegen den radikal unmenschlich agierenden IS zu vernehmen.
15 Gleichzeitig zeigt ein neues Gutachten wieder einmal die unzureichende Ausrüstung und das
16 mittelmäßige Management der Bundeswehr. Bei einem Bündnisfall der NATO könnte Deutsch-
17 land derzeit seinen vertraglich zugesicherten Verpflichtungen vermutlich nicht voll-
18 umfänglich nachkommen.

19 „DEUTSCHLAND IST EIGENTLICH ZU GROSS, UM WELTPOLITIK NUR VON DER 20 AUSSENLINIE ZU KOM-MENTIEREN.“

21 Dieser Satz von Frank-Walter Steinmeier auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 zeigt deut-
22 lich die Herausforderungen, die sich die deutsche Außenpolitik mit wachsender Bedeutung stellen
23 muss. Wer für Frieden und Demokratie in der Welt eintreten will, muss entsprechende Verantwor-
24 tung übernehmen.

25 Der Gestaltungswille deutscher Außenpolitik ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten aller-
26 dings nicht in dem Maße gewachsen, wie sich das weltpolitische Gewicht Deutschlands ge-
27 steigert hat. Noch immer wird Deutschlands Handeln im internationalen Rahmen von einer Zurückhaltung
28 geprägt, die einer solch wichtigen politischen und wirtschaftlichen Macht nicht angemessen ist.
29 Noch immer argumentieren Deutsche mit einer angeblichen historischen Verantwortung für Passi-
30 vität, wo doch gerade die Erfahrungen mit der Deutschen Geschichte eine gänzlich andere Deutung
31 nahelegt: Vor allem der USA und ihrem Willen zum beherzten Eingreifen im 2. Weltkrieg ist es zu
32 verdanken, dass Europa heute ein Kontinent voller stabiler Demokratien ist, der die längste Frie-
33 densperiode seiner Geschichte erlebt.

34 Vor diesem Hintergrund ist die seit 2013 laufende Legislaturperiode eine Zäsur. Im allgemein
35 akzeptierten Koalitionsvertrag im Kapitel „Verantwortung in der Welt“ heißt es: „Das Konzept
36 der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) bedarf der weiteren Ausgestaltung und einer
37 völkerrechtlich legitimierten Implementierung. Dabei gilt es vor allem die präventive Säule der
38 Schutzverantwortung international zu stärken.“ Wir als NRW Jusos setzen uns deshalb ausdrück-
39 lich dafür ein, diesen Prozess zu befördern und zu unterstützen. Wir be-
40 greifen die Bundesrepublik als eine aktive Gestalterin internationaler Politik. Ein gestiegener Einfluss darf weder Selbstzweck
41 sein, noch darf man sich Großmachtfantasien hingeben. Wir wollen Deutschlands Gewicht in der
42 Welt stattdessen nutzen um sie friedlicher, sicherer, gerechter und solidarischer zu machen.

SOLIDARITÄT HEISST AUCH, VERANTWORTUNG FÜREINANDER ZU ÜBERNEHMEN 1

Diese Verantwortung muss zunächst und vor allem mit diplomatischen Mitteln wahrgenommen werden. Wir wollen stets ein Volk guter Nachbarn für alle Staaten dieser Welt sein. Gleichzeitig begreifen wir Diplomatie aber auch als Medium der Kritik und Bekundung eigener Interessen. Das heißt, dass unser Verständnis von Außenpolitik ein wertgeleitetes ist; wir wollen uns auf der ganzen Welt für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte einsetzen. Es bedeutet für uns jedoch nicht, dass wir Staaten, die ein anderes Gesellschaftsmodell haben, ignorieren oder überwältigen wollen. Wir wollen stattdessen aktiv werben: Für unsere Werte und unser Modell einer liberalen und demokratischen Gesellschaft. 2
3
4
5
6
7
8
9

Allerdings kann es sein, dass bei massiven Verletzungen von Menschenrechten und dem Bruch internationaler Verträge und Abkommen die Diplomatie nicht ausreicht, um unseren Ansprüchen gerecht zu werden. Wir stehen daher auch dafür ein, dass sich Deutschland in solchen Fällen an politischen und wirtschaftlichen Sanktionen beteiligt, um Druck auf solche Staaten ausübt. 10
11
12
13

Gewalt und militärische Mittel sind für uns die Ultima Ratio. Aber obwohl wir versuchen, jedem Konflikt zuallererst friedlich zu begegnen, müssen wir die Existenz von Situationen anerkennen, in denen militärische Macht notwendig ist. Verbrechen gegen die Menschlichkeit und eskalierende Bürgerkriege beispielsweise sind Situationen, in denen diese letzte Möglichkeit in Betracht gezogen werden muss. Ein militärischer Einsatz kann jedoch nie der Ersatz für politische Konzepte zur Lösung von Konflikten sein. Er muss immer kritisch begleitet werden. 14
15
16
17
18
19

Eine aktive deutsche Sicherheits- und Außenpolitik schließt in unseren Augen also den Einsatz deutscher Streitkräfte ein, ohne dass wir für militärisches Abenteuer eintreten. Wir wollen den Einsatz militärischer Mittel weder herbeisehnen, noch ihn im Ernstfall ablehnen. Das Konzept der „Responsibility to Protect“, welches durch die Vereinten Nationen erarbeitet wurde, sehen wir durch seine Vielschichtigkeit geeignet, ein Grundpfeiler deutscher Außenpolitik zu werden. Es ist in unseren Augen richtig, Staaten zuallererst selbst für ihre Stabilität sorgen zu lassen, und erst im zweiten Schritt die internationale Gemeinschaft zum Akteur zu machen. Die drei Pfeiler 20
21
22
23
24
25
26

» Responsibility to Prevent 27

» Responsibility to React und 28

» Responsibility to Rebuild 29

haben einen verantwortungsvollen Umgang mit Interventionen jeglicher Art zur Grundlage. 30

Im konkreten Fall der aktuellen weltweiten Krisen, wie etwa dem Vorrücken des IS in Syrien und dem Irak, fordern wir von der SPD sich einzusetzen: 31
32

» Für das Prinzip der „Responsibility to Protect“ und dafür, dass es nach der Landesverteidigung integraler Bestandteil der strategischen Ausrichtung der NATO und einer zu schaffenden EU-Armee wird. 33
34
35

» Für mehr Initiativen auf UN-Ebene, sowohl um im konkreten Fall auf Resolutionen des Sicherheitsrates zu drängen, wie auch die „Responsibility to Protect“ zu einer Norm und nicht nur einer Option zu machen. Hierzu muss ein Kriterienkatalog erarbeitet werden, der verbindlich Voraussetzungen für die Anwendung der Schutzverantwortung macht. 36
37
38
39

» Für die finanzielle und konzeptionelle Befähigung der Bundeswehr, in Krisengebieten aktiv einzugreifen und die generelle Verweigerung solcher Einsätze gegenüber den Bündnispartnern aufzugeben. 40
41
42

» Für eine massive, gemeinschaftliche Beschränkung der Ausfuhr von Rüstungsgütern in Nichtmitgliedsstaaten von EU und NATO, soweit es sich nicht um freiheitlich-demokratische, befreundete Staaten handelt. Eine vollständige Transparenz über Rüstungstransporte ist dem Bundestag und seinen Abgeordneten im Vorfeld zu gewähren. 43
44
45
46

